

### Demografischer Wandel: ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder

Weber, Andreas; Klingholz, Reiner

Gutachten / expert report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weber, A., & Klingholz, R. (2009). *Demografischer Wandel: ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323831>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



# Demografischer Wandel

Ein Politikvorschlag unter besonderer  
Berücksichtigung der Neuen Länder

## Impressum

Gutachten erstellt vom:

**Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon (030) 22 32 48 45

Telefax (030) 22 32 48 46

E-Mail: [info@berlin-institut.org](mailto:info@berlin-institut.org)

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Im Auftrag vom:

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Erste Auflage

Juni 2009

Autoren:

Andreas Weber, Reiner Klingholz

Recherche:

Lilli Sippel, Mikko Rissanen

Redaktion und Lektorat:

Margret Karsch

Projektleitung:

Reiner Klingholz

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Jörg Scholz, Köln ([www.traktorimnetz.de](http://www.traktorimnetz.de))

# INHALT

<b>1. DIE DEMOGRAFIEPOLITIK DER BUNDESLÄNDER UND DES PROJEKTES „REGION SCHAFFT ZUKUNFT“ DES BMVBS:</b>	
WAS KÖNNEN WIR DARAUS LERNEN? WO LIEGEN DIE PROBLEME? .....	<b>4</b>
<b>2. ERFOLGREICHE PROJEKTE:</b>	
WAS MACHEN SIE ANDERS? WORAN LÄSST SICH ANKNÜPFEN? .....	<b>11</b>
<b>3. POLITIKVORSCHLAG:</b>	
AUSWAHL UND FÖRDERUNG VON ZUKUNFTSINVESTITIONEN ZUR RADIKALEN MODERNISIERUNG DER VERSORGUNG, DIE FÜR EINE KÜNFTIGE STRATEGIE VORBILDCHARAKTER HABEN .....	<b>23</b>
<b>4. ANHANG:</b>	
GRUNDLAGEN ZUR DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND .....	<b>34</b>
<b>5. ANMERKUNGEN .....</b>	<b>61</b>

# 1. DIE DEMOGRAFIEPOLITIK DER BUNDESLÄNDER UND DES PROJEKTES „REGION SCHAFFT ZUKUNFT“ DES BMVBS: WAS LÄSST SICH DARAUS LERNEN? WO LIEGEN DIE PROBLEME?

## Ausgangssituation

Seit der Wiedervereinigung schrumpft die Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Neben der rund anderthalb Jahrzehnte sehr niedrigen und mittlerweile nur noch niedrigen Fertilitätsrate von knapp 1,4 Kindern je Frau ist der Hauptgrund dafür die Abwanderung meist gut ausgebildeter, junger Menschen, unter ihnen mehr Frauen als Männer. Zurück bleibt in der Regel eine sozial schwache, alternde Bevölkerung. Derartige Veränderungen in der Alters- und Bevölkerungsstruktur führen zu einschneidenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen auf allen Ebenen. Fehlende Steuereinnahmen einerseits, Veränderungen im Versorgungsangebot andererseits stellen Kommunen und Länder vor kaum überwindbare Herausforderungen. Ein Zurück zu stabilen demografischen Verhältnissen ist wegen der künftig extrem ausgedünnten Elternjahrgänge und der Abwanderung junger Frauen auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Nahezu alle Regionen der neuen Bundesländer haben weitere, zum Teil erhebliche Bevölkerungsverluste zu erwarten.<sup>1</sup>

Nach einer längeren Phase des schleppenden Eingeständnisses ist die Wahrnehmung des demografischen Problems schon seit einer Weile in den Regierungen der Länder angekommen. In den Staatskanzleien von Brandenburg und Sachsen befasst sich jeweils ein ganzes Referat mit Demografie und ihren Folgen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegt die Federführung für demografische Fragen bei einzelnen Ministerien. Interministerielle Arbeitsgruppen, Enquete-kommissionen und beauftragte Experten beschäftigen sich mit dem demografischen Wandel auf Landesebene. Die Ergebnisse werden in Regierungspapieren, Berichten und Gutachten dokumentiert. Sie geben Strategien und Handlungsoptionen vor.<sup>2</sup>

Die Regierungen sitzen somit keinen Illusionen über die Reichweite der Änderungen ihrer Bevölkerungszahl und -struktur auf. Im Gegenteil. Sie antworten darauf mit einer heute nur noch schwer zu überschauenden Anzahl von Gegenmaßnahmen (siehe Tabelle Anhang 1), deren Gesamtzahl bundesweit in die Hunderte gehen dürfte. Die Maßnahmen setzen meist direkt in den Bereichen an, in denen die Probleme bestehen – so etwa der „Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte“ zur Aktivierung der älteren Bevölkerung im Brandenburgischen Eberswalde oder der Versuch Sachsens-Anhalts, durch spezielle Programme mehr qualifizierte Kindergartenbetreuerinnen zu finden, weil die vorhandenen immer schneller abwandern.<sup>3</sup>

Einigkeit herrscht bei den mit der Demografiepolitik befassten Spitzenbeamten der Länder darüber, dass all diese Maßnahmen, die eine schier unaufhaltbare Entwicklung bremsen sollen, nur sehr schleppend bis überhaupt nicht greifen. In der Tat hat auch die große Zahl solcher Maßnahmen bisher die demografische Trendwende nicht ermöglicht. In manchen Bereichen hat staatliche Anpassung, also eine Reduzierung des Angebots an öffentlicher Infrastruktur, zu verstärkter Abwanderung der Bevölkerung und somit zur Notwendigkeit weiteren Rückbaus geführt.

Es ist klar, dass aufgrund der demografischen Dynamik selbst die beste Familienpolitik keine Chance hätte, den Trend zu brechen. Die heutige Bevölkerungsstruktur – viele Ältere, wenige junge, potenzielle Eltern – erlaubt es nicht, mit einer flächendeckenden Stabilität zu planen. Deshalb ist es notwendig, wo immer möglich die Entwicklung abzufedern, sich an die neuen, gleichwohl sich weiter verändernden Gegebenheiten anzupassen und trotz der negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auch in peripheren Regionen eine angemessene Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

## Die Strategie „Gegensteuern“

In der Strategie des Gegensteuerns ist der demografische Wandel als eine Gefahr für die Entwicklung des Landes prinzipiell erkannt. Ziel der Gegenstrategie ist es somit, die Schrumpfung der Bevölkerung zu verhindern und den negativen Folgen der Alterung vorzubeugen. Die Bevölkerungsentwicklung soll stabil bleiben. Abwanderung soll um jeden Preis vermieden, die Geburtenrate nach Möglichkeit erhöht werden. Es wird mit allen Mitteln versucht, den Status quo zu erhalten, wobei die tieferen Gründe für den Bevölkerungsverlust vielfach de facto ignoriert werden.

Die Gegenstrategie ist rückwärtsgewandt, stellt sie sich doch die Frage: Wie lässt sich der demografische Wandel aufhalten beziehungsweise rückgängig machen? Dabei ist der Status quo, den die Gegenstrategie zu erhalten strebt, bereits jetzt vielerorts alles andere als zufriedenstellend und müsste verbessert, nicht verteidigt werden. Dazu kommt, dass beim Gegensteuern finanzielle Förderung vielfach ohne strategische Ziele erfolgt und gerade nicht Zukunftsprojekte moderner Versorgung fördert, sondern viel Geld auf der Fläche verteilt und viele kleine Projekte ein bisschen unterstützt. Die Gegenstrategie hält auch dort meist ausschließlich an den einstmals bewährten (und teuren) Methoden zur industriellen Standortpolitik fest, wo diese schon lange nicht mehr funktionieren.

## Die Strategie „Anpassen“

Die Anpassungsstrategie erkennt die Folgen des demografischen Wandels – die Alterung und die Schrumpfung der Bevölkerung – als unabwendbare Herausforderung an. Ihr Ziel ist es, das Gemeinwesen an diese Veränderungen anzupassen und die Grundversorgung unter den gegebenen Bedingungen aufrechtzuerhalten. Da sich der demografische Wandel auf nahezu alle Ressorts auswirkt, erfolgen die notwendigen Anpassungsschritte in allen Handlungsfeldern. Eine besondere Rolle spielt hierbei die Raumplanung: Ausschlaggebend für die zukünftige Flächennutzung, die Versorgung und das Infrastrukturangebot sind die erwarteten Bevölkerungszahlen. Maßnahmen, die der Anpassungsstrategie zu zuordnen sind, beinhalten unter anderem Stadtumbau, Rückbau bestehender Ver- und Entsorgungssysteme, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Schließung von Schulen, Ausbau einer altengerechten Infrastruktur und Dienstleistungen oder Umnutzung bestehender Gebäude. De facto folgt aus der Anpassungsstrategie, dass die Daseinsvorsorge schrittweise heruntergefahren wird.

Diese Strategie nutzt in der Regel keine neuen Ansätze und Instrumente. Sie versucht, Strukturen zu verkleinern, um sie an weniger Nutzer anzupassen. Da in diesem Denken in Strukturen bestimmte Normgrößen nicht unterschritten werden dürfen – etwa bei der Kinderzahl oder der Klassengröße in Schulen – bleibt in Schrumpfgebieten oft nur die Schließung oder das Zusammenlegen von Infrastrukturen. Ein Denken in Dienstleistungen ist bei der Anpassungsstrategie nicht üblich. Die Schule als eine Dienstleistung zu definieren, würde bedeuten, dass die eigentliche Aufgabe von Schule, nämlich junge Menschen in Sachen Bildung auf das Leben vorzubereiten, unabhängig von der schulischen Infrastruktur, von Klassengröße und Schulformen geleistet werden kann.

## Anpassen und Gegensteuern:

Ausgewählte Projektbeispiele des Bundes und der Länder (ausführliche Liste siehe Anhang)<sup>4</sup>

Land	Ort	Projektträger und Förderer	Projekt	
Brandenburg	Landesweit	Staatskanzlei Brandenburg	Bürokratieabbau	
Brandenburg	Finsterwalde	Bildungsstätte der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft	Qualifizierung zum Gesundheitsdienstleister	
Mecklenburg-Vorpommern	Anklam, Stettiner Haff	Land Mecklenburg-Vorpommern, BMVBS	Alternative Bedienformen in sehr dünn besiedelten ländlichen Räumen zur Sicherung eines angemessenen ÖPNV-Angebots im Raum Anklam	
Mecklenburg-Vorpommern	Stettiner Haff	Land Mecklenburg-Vorpommern, BMVBS, BMFSFJ	Projektschmiede erste Schwelle	
Sachsen	Dresden	Stadt Dresden	Wachsen und Schrumpfen	
Sachsen	Geithain und Umgebung	Stadt Geithain, Sächsische Staatskanzlei	Demografie- und Innovationspartnerschaften der Städte	
Sachsen-Anhalt	Coswig, Gerbstedt, Ilsenburg, Mieste, Stendal u. a.	MLV S-A, MLU S-A, Nexus Institut, Landes-Gesellschaft S-A, Hochschule Magdeburg	Ländliche Lebensmodelle junger Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt	
Sachsen-Anhalt	Kyffhäuserkreis	Land S-A, BMVBS	Kulturelle Identität stärken	

Das Fazit dieser Übersicht (ausführliche Fassung siehe Anhang 1) ist: Die Politik tut viel, und sie lässt sich ihr Handeln auch viel Geld kosten. Es lässt sich beileibe nicht behaupten, dass das demografische Problem ausgeklammert würde. Dennoch wendet sich sehr selten etwas zum Besseren. Die Situation gleicht einer schleichenden Lähmung,

die selbst Bürgermeister in stark betroffenen Regionen bei dem Thema inzwischen abwinken lässt: Alles scheint gesagt, und wenig scheint zu helfen.<sup>5</sup>

Woran liegt das?

Offenbar beruht die zu beobachtende Stagnation – trotz großer Anstrengungen – darauf, dass mit den meisten Ansätzen Symptome gelindert werden sollen, die angebotenen Linderungsstrategien bei weitem nicht ausreichen, um Konstellationen zu ändern, die als Syndrome oder Komplexe den Ketten von Problemen in ländlichen strukturschwachen Räumen des Ostens und zunehmend auch des Westens zugrunde liegen.

	Ziel	Strategie	Problem
	Verwaltungsstrukturen effizienter gestalten	Anpassen	Keine Breitenwirkung
	Pflege- und Gesundheitsnotstand lindern	Symptome mildern	Grund der problematischen Entwicklung nicht berührt
	ÖPNV aufrechterhalten und an Bevölkerungsstruktur anpassen	Anpassen	Behinderung durch bestehende Strukturen, wie § 42 PersBefG
	junge Menschen unterstützen, die in der Heimat bleiben wollen (Lehrstellen), Abwanderung verhindern	Gegensteuern	Abwanderungsdruck bleibt erhalten
	Stadtbild verbessern, Standortattraktivität ausbauen, Wirtschafts- und Hochschulförderung, Abwanderung verhindern	Gegensteuern	Vage und nicht systemisch
	Zukunftskonzepte durch Bürgergutachten entwickeln	Moderieren	Politikersatz, kein Ernst, keine Verpflichtung
	Ländliche Regionen für Familien attraktiv machen, Abwanderung verhindern	Gegensteuern	Grund des Problems nicht berührt
	Heimatverbundenheit fördern, Abwanderung verhindern	Gegensteuern	Grund des Problems nicht berührt

Nur leicht überspitzt könnte man daher sagen: Wir schaffen uns die demografischen Probleme, die wir lösen wollen, erst selbst. Wir kennen zwar die Schwierigkeiten, geben uns auch keinen Illusionen über sie hin, aber verhindern doch aktiv ihre Lösung. Die demografische Wirklichkeit ist zwar als Tatbestand akzeptiert, nicht aber als Realität, an der

alles sozioökonomische Handeln gemessen werden muss. In einer solchen administrativen Großwetterlage ist es sehr schwer bis unmöglich, durch Symptombekämpfung eine generelle Wende zum Besseren hin zu erreichen. Bildlich gesprochen: Solange der Kranke nicht mit dem Rauchen aufhört, nutzt es wenig, dass er gegen seinen Husten Bonbons lutscht.

So ist man sich in einem gemeinsamen Bericht der neuen Länder und Berlins einig, „[...] dass die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels neue Handlungsansätze und eine querschnittsorientierte Politik voraussetzt. Ziel ist es, qualitatives Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu befördern.“<sup>6</sup>



Gleichzeitig wird im selben Dokument betont, dass die Gestaltung der sozialen Prozesse des Bevölkerungsrückgangs und die Anpassung der Infrastruktur eines der wichtigsten Handlungsfelder sei. Das Problem wird erkannt – aber wie hier unschwer zu erkennen ist, widersprechen sich die vorgeschlagenen Lösungen diametral und behindern sich.

Der Politikwissenschaftler Thomas Homer-Dixon beobachtet, dass genau diese Art von zögernden, unwilligen Reaktionsweisen darauf hindeute, dass Akteure ein Problem eher verleugnen oder vertagen, statt eine unvermeidbare Realität zu akzeptieren. Nur ein solcher Realismus aber böte die Möglichkeit, sich handelnd an die Spitze der Ereignisse zu stellen, der Devise folgend: Was für Chancen bietet mir die veränderte, die neue Situation?<sup>7</sup>

Zusammengefasst hat die schleppende Wirkung der Demografiepolitik folgende Ursachen:

### **1 Kein radikales Modernisierungsdenken**

Demografiepolitik ist häufig auf traditionelle Lösungen fixiert und setzt nicht radikal auf eine Zukunftswirtschaft (siehe Teil 2; Energieautarkie, regional-ökologischer Landbau, Mobilitätsmanagement, Revitalisierung von Gemeinschaften). Eine Reihe von Modellvorhaben der Raumordnung, sogenannten MORO-Projekten, baut immer noch ausschließlich auf klassische Industriepolitik.<sup>8</sup> Gerade die aber wird ja bereits maximal gefördert, weil eine solche Förderung zu den traditionellen Rezepten sozioökonomischer Aktivierung gehört. Gerade die Probleme ländlicher Abwanderungsräume verweigern sich jedoch gängiger Strukturpolitik. Im Gegenteil bieten gerade solche Regionen einmalige Chancen zu einer zukunftsorientierten Modernisierung der Versorgung. Auch wenn die MORO-Projekte nicht zu einer Wende beigetragen haben, sie können nicht als Zeichen des Scheiterns gelten: Sie sind Teil eines gesellschaftlichen Lernprozesses, in dem alle Beteiligten zu der Erkenntnis kommen mussten, dass sich blühende Landschaften bei gegenläufiger demografischer Entwicklung nicht erzwingen oder herbeisubventionieren lassen.

### **2 Zu viele Symptomkuren**

Die betriebene Demografiepolitik versucht, Symptome zu mildern, wobei aber weiterhin grundlegende Weichenstellungen in die entgegengesetzte Richtung wirken – neben dem Wachstumszwang vor allem gesetzliche Überregulierung und Beschneidung regionaler und kommunaler (Finanz-)Autonomie.

### **3 Kein Ansatz an Knotenpunkten<sup>9</sup>**

Vielfach erfolgen Maßnahmen disparat, ressortspezifisch, nicht untereinander abgestimmt, und nicht auf die Ursachen der Probleme ausgerichtet. Das führt etwa dazu, dass einerseits (oft kostspielige) Angebote zur Verbesserung der Ausbildungssituation schlecht gebildeter Jugendlicher entworfen werden (Wirtschaftsministerium), andererseits aber deren Mobilität durch einen überregulierten, aber extrem ausgedünnten oder gar nicht mehr vorhandenen ÖPNV so eingeschränkt wird (Verkehrsministerium), dass die Anreize zu Abwanderung (beziehungsweise zum passiven Verharren in der „Verlorenheit“) übermächtig werden und die Arbeitslosigkeit steigt (Sozialministerium). Es ist wichtig, zu sehen, dass etwa eine Innovation wie eine „Mobilitätsgarantie“ (siehe Teil 3) den Problemknoten einer Region lösen kann: Ist diese Region gut mit (privat, gemeinschaftlich oder bürgerschaftlich) organisierter Mobilität versorgt, so kann die Atmosphäre der Verlorenheit schnell in eine Chance umschlagen. Dabei werden von selbst jene Resultate generiert, die zuvor auch kostspielige Förderung und Symptomkuren nicht erreichen konnten.

## Förderung strukturschwacher Regionen in Nordeuropa

Strukturschwache ländliche Regionen gehören auch in den skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen und ebenso in Finnland zu den politischen Herausforderungen. Alle peripheren nördlichen Regionen dieser Länder sind seit Jahrzehnten von Landflucht und einer negativen Bevölkerungsentwicklung betroffen. Ebenso lange ist eine ausgeglichene Entwicklung aller Regionen das offizielle Ziel der Regionalpolitik. Neben direkter finanzieller Unterstützung stehen heute freilich weniger staatlich geförderte Industrieansiedlungen, sondern sektorenübergreifende, innovationsorientierte und effizienzsteigernde Programme im Vordergrund.

In Finnland und in allen skandinavischen Ländern werden Regionen auf zwei Ebenen verwaltet – auf kommunaler und auf Provinzebene. Im europäischen Vergleich sind die Aufgaben der Gemeinden im Norden sehr vielfältig. Sie sind dort für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, etwa für die schulische Grundausbildung, die Kinderbetreuung und die Altenpflege zuständig. Darüber hinaus nehmen die Gemeinden selbstständig verschiedene Aufgaben wahr, von der Raumplanung zur Förderung von Gewerbeansiedlungen bis zum Tourismus. Leistungen des Wohlfahrtsstaats, die für die Gemeindeebene zu umfangreich sind, wie zum Beispiel die Gesundheitsversorgung, werden dagegen auf Provinzebene erfüllt. Regionale Entwicklung gehört auch zu den Aufgaben der Provinzen.

Dank des eigenen Besteuerungsrechtes verfügen die Gemeinden über einen großen finanziellen Spielraum und über lokale Autonomie. Kommunale Steuereinnahmen, insbesondere die kommunale Einkommenssteuer, sind die Haupteinnahmequellen der skandinavischen und finnischen Gemeinden. Unterschiede im kommunalen Einkommen werden durch die staatliche Finanzpolitik ausgeglichen, besonders bedürftige Regionen werden finanziell unterstützt. Besonders in Norwegen (das freilich auch über Mittel aus

dem Ölaufkommen verfügt) wird sehr viel Gewicht auf die Entwicklung der Problemregionen sowie der dortigen Lebensverhältnisse gelegt<sup>12</sup>: Seit 2005 hat das Land die Zuschüsse für die Lokalverwaltung deutlich erhöht.

Obwohl die Regionalpolitik durch zentralstaatliche Institutionen koordiniert wird und allgemeine Ziele auf Staatsebene festgelegt werden, haben die nordischen Provinzen und Gemeinden in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. So können heute die regionalen Behörden in Norwegen und Finnland die staatliche Regionalpolitik mitbestimmen. In Schweden liegt nun ein großer Anteil der Zuständigkeiten für regionale Entwicklung in den Regionen selbst, während weitere Reformen noch diskutiert werden.<sup>13</sup> Dank ihrer finanziell und politisch autonomen Position haben die Gemeinden im Norden die Schlüssel zur Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen und zur Veränderung der Strukturen selbst in der Hand.

Schweden hat also zugleich mehr zentralisiert und mehr dezentralisiert. Die starke Position der Gemeinden ist eines der wesentlichen Merkmale des skandinavischen Verwaltungssystems. Hierin unterscheiden sich die nordischen Gemeinden am stärksten von den deutschen, obwohl die Herausforderungen in den vom Bevölkerungsschwund betroffenen Regionen weitgehend ähnlich sind – obwohl in den nordischen Ländern mehr Kinder pro Frau geboren werden.<sup>14</sup>

Diese Politik hat zudem einen großen psychologischen Vorteil: Bürger und lokale Verwaltungen fühlen sich ernst genommen, sie haben mehr Befugnisse, sie entscheiden über die Ausgestaltung politischer Vorgaben und sie engagieren sich mehr, weil ihre eigene Zukunft von diesem Engagement abhängt. Obwohl sie mehr Verantwortung tragen, fühlen sie sich dem Staat gegenüber loyal.

#### **4** Der Mensch ist der entscheidende Hebel

In demografisch schwachen Regionen heißt Förderung auch heute meistens noch Infrastrukturförderung. Straßen, Wasserwege und Stadtzentren werden mit viel Geld saniert und erneuert. Gefördert wird aber weniger der „humane Faktor“.<sup>10</sup> Dieser ließe sich erheblich kostengünstiger verbessern: Oftmals reichen wenige hundert Euro, die einer in ehrenamtlicher Schlüsselrolle engagierten Person zur Entschädigung eines für die Gemeinschaft dringend wünschenswerten Mehraufwandes dienen.

Es sind oft auch hier „weiche Qualitäten“, die den Innovatoren vor Ort fehlen – ein professionelles Coaching, etwa wenn ein neues Projekt im Mahlsand der Bürokratie zerrieben zu werden droht, und oft schlicht das Bewusstsein, dass es um sie, die Menschen geht, und nicht um namenlose, anonyme Möblierung der öffentlichen Landschaft mit Gegenständen. De facto sind es gerade in den am meisten benachteiligten Regionen immer Einzelne, die neue Perspektiven schaffen, auch gegen den herrschenden konjunkturellen und sozialen Wind. Nur wenn diese Einzelnen wahrgenommen werden, nur wenn sie das persönliche (und später gegebenenfalls finanziell unterlegte, siehe unten) Signal erhalten, dass Interesse an ihrer Initiative besteht, lässt sich mancherorts die Atmosphäre der Lethargie und Stagnation überwinden.

#### **5** Manche Regionen sind nicht förderbar

Aus der entscheidenden Rolle, die Einzelne bei Innovationen in ländlichen Schwundräumen spielen, folgt eine Erkenntnis, die politisch besonders schwer zu vermitteln ist: Es gibt Regionen, denen sowohl die motivierten Akteure fehlen, als auch die ausgebildeten, zur Innovation fähigen Bürger, Regionen, in denen nichts investiert wird und auch keine Investitionen zu erwarten sind und die darum kaum Chancen zur Entwicklung haben.<sup>11</sup> Diese Einsicht kommt politisch bisher kaum zum Tragen. Noch immer gibt die Administration vor, allen Landschaften die gleichen Chancen einzuräumen; noch immer ist der Gleichstellungsanspruch in Kraft. Doch in Wirklichkeit erleben die Bürger der betroffenen Regionen einen unaufhaltbaren Niedergang.

Diese Ausblendung der Wirklichkeit hat für die Atmosphäre solcher Räume schlimmere Folgen, als wenn die Administration die Wirklichkeit eingestehen würde: Sie erzeugt ein passives Anspruchsdenken, das gleichwohl niemals erfüllt wird, anstatt durch eine schonungslose Analyse den Bürgern die Chance zu geben, selbst etwas aus der Situation zu machen (zum Umgang mit nicht förderbaren Räumen siehe den Politikvorschlag in Teil 3.)

Die bis heute durchgeführten Maßnahmen zur Bewältigung der demografischen Probleme, und besonders das auslaufende BMVBS-Modellprojekt „Region schafft Zukunft“ haben somit eine unverzichtbare Funktion als das vorläufige Endergebnis eines langen Lernprozesses: Sie zeigen, welche Strategien gestrichen werden können – und welche Zukunft haben. Die bisherigen Projekte bieten insofern eine wertvolle Erkenntnis, auf deren Grundlage sich überhaupt erst eine funktionsfähige Strategie entwickeln lässt, wie man mit dem demografischen Wandel umgehen sollte. Es ist sinnvoll, diesen Lernprozess zu nutzen und ihn in einen Lösungsprozess zu verwandeln. Was lässt sich also aus erfolgreichen Projekten lernen?

## 2. ERFOLGREICHE PROJEKTE IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL: WAS MACHEN SIE ANDERS? WORAN LÄSST SICH ANKNÜPFEN?

Die interessantesten Projekte der Länder und des Bundes im Bereich Demografie sind solche, in denen nicht nur Symptom-milderung versucht wird, sondern die durch radikale Modernisierung der Versorgung modellhafte *win-win*-Situationen anstreben. Dazu gehört etwa die Umrüstung einer für heutige Bewohnerzahlen überdimensionierten Kläranlage auf Energieautarkie durch Biogasproduktion aus Faulschlamm im sächsischen Reichenbacher Land, gefördert vom BMVBS. Wenig erfolgreich waren dagegen Projekte, die punktuell und nischenartig angesetzt wurden, etwa das Anwerben neuer Kinderbetreuerinnen, um einem übermächtigen Trend zur Abwanderung in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken.

Die am meisten versprechenden Maßnahmen der Länder und der Häuser des Bundes – aber auch die von Projekten in demografischen Problemregionen anderswo in Deutschland und Europa – zeichnen sich somit alle durch die gleiche Grundhaltung aus: Sie setzen nicht an den *Folgen* einer Entwicklung an und suchen diese zu *berichtigen* – etwa mangelnde Industrieansiedlung durch die voraus-eilende Einrichtung von Gewerbeparks, die dann leer bleiben. Sie organisieren vielmehr *an der bestehenden Schrumpfung vorbei neues Handeln*, das nicht primär Symptome mildern muss, sondern das eine neue Dynamik schafft, die dann einen Abwärtstrend umkehren kann.

Dieser Ansatz unterscheidet *genuin zukunfts-fähige* Projekte auch von anderen Maßnahmen, die zwar einerseits einen wirtschaftlichen Erfolg, sozioökonomische Stabilität und gesicherte Arbeitsplätze gebracht haben, in ihrem Gelingen freilich auf eine massive Subventionierung *gegen* den Trend des Marktes angewiesen waren oder dauerhaft bleiben. Solche Strategien *können* lokal und punktuell funktionieren. Sie sind aber fast immer hoch- und dauersubventionierte Zuschussprojekte der öffentlichen Hand. Sie sind zudem oft von den Entscheidungen einzelner Investoren und somit – wie das Nokia-Werk im von wirtschaftlichen Umbrüchen geschüttelten Bochum – extrem von äußeren Akteuren abhängig.

Erfolgreiche Projekte versuchen nicht, eine zum Verschwinden verurteilte Wirtschaftsform so lange wie möglich zu halten. Sie setzen vielmehr *auf absolute Modernität* und erzeugen somit die sozioökonomischen Tatbestände der Zukunft. Derartige Innovationen haben paradoxerweise eine besondere Chance in Räumen, in denen sonst kaum noch etwas gut funktioniert: Solange die herkömmliche Sozioökonomie nicht zusammenbricht, scheint das Risiko für radikale Innovationen oft zu hoch.

Daraus folgt eine entscheidende Konsequenz: *Win-win*-Situationen und Zukunftsformen der Versorgung lassen sich nicht raumplanerisch fassen. Sie lassen sich nicht von oben nach unten verschreiben. Das liegt nicht an mangelnden Qualitäten der Raumplanung, sondern daran, dass jede Planung von etwas Bestehendem – oder von etwas, das noch nicht besteht, von dem der Planer aber eine Vorstellung hat – ausgeht und dafür dann die geeigneten Strukturen schafft (Zahl der künftig nötigen Kindergartenplätze, Menge und Art von Straßen et cetera). Zukunftsprozesse, die sich jenseits einer vergehenden Sozio-ökonomie entwickeln, lassen sich aber nicht planen, weil ihre Zielrichtung unbestimmt ist. Sie lassen sich nur *ermöglichen*. Wenn bestehende Planung die Freiheitsgrade der Zukunft eingrenzt, bleiben womöglich entscheidende Möglichkeiten zum Wandel ungenutzt.

## Strategien zum Umgang mit dem Wandel in Finnland

Wie die neuen Bundesländer sind auch viele ländliche Gebiete Finnlands von Bevölkerungsschwund und der daraus folgenden Perspektivlosigkeit betroffen. Während die Städte und Gemeinden in Südfinnland von innerstaatlicher Abwanderung und wirtschaftlicher Entwicklung profitieren, fehlt es den ländlichen Regionen besonders im Osten und Norden an Arbeitsplätzen und an finanziellen Mitteln. Sie verlieren an Attraktivität und Einwohnern. Mit geringeren Steuereinnahmen sinkt dort auch das Niveau öffentlicher Dienstleistungen. Trotz der politischen Ziele, das ganze Land bewohnt zu halten und gleichmäßig zu entwickeln, ist es der Politik nicht gelungen, den Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Gebieten aufzuhalten.

Unter den befragten Kommunalpolitikern ist es unumstritten, dass die ländlichen Gebiete Finnlands vielerorts noch weiter veröden werden. Die betroffenen Gemeinden können jedoch unterschiedlich auf die Herausforderungen reagieren. Lokale Initiativen und Innovationen gelten hier als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung. Aber auch regionale Zusammenschlüsse und staatliche Förderung spielen eine große Rolle, wenn es darum geht, die Infrastruktur und Wirtschaft aufrecht zu erhalten, und ein positives, regionales Image aufzubauen. Interaktion muss die Gemeindegrenzen überschreiten, denn durch den Austausch von Best-Practice-Beispielen und durch regionale Netzwerke werden neue Ideen verbreitet.

Wie viele ihrer deutschen Kollegen vertreten die finnischen Verwalter die Ansicht, dass die günstige Lage einer Gemeinde, etwa in der Nähe eines Wachstumszentrums, ausschlaggebend für ihre Entwicklung ist. Als wichtigste „Pull-Faktoren“ gelten wirtschaftsstarke Unternehmen, ein hohes Niveau an öffentlichen Dienstleistungen und eine hohe Lebensqualität. Durch Raumplanung, aktive Landbeschaffung und preiswerte, zentrumsnahe Grundstücksangebote ist es so etwa der ostfinnischen Gemeinde Taipalsaari gelungen, Einwohner anzulocken.

Im Kampf um die wenigen Einwohner zählt besonders die Qualität des Dienstleistungsangebots als Wettbewerbsvorteil. Kleine Gemeinden haben hier eine Chance, sich auf bestimmte Dienstleistungen zu spezialisieren und so ihre Attraktivität zu steigern. Terhi Isotalo, die Gemeindedirektorin der südfinnischen

15.000-Einwohner starken Gemeinde Lieto erklärt: „Familien ziehen häufiger dorthin, wo Kindergärten einen guten Ruf haben – und pensionierte Großeltern hinterher, wenn die lokalen Angebote auch ihre Bedürfnisse decken. Am kommunalen Steuersatz sind die Menschen nicht interessiert.“

Finnische Lokalpolitiker betonen immer wieder, dass das Engagement ihrer Einwohner zum Erfolg führt. Wenn ältere Menschen zum Beispiel durch öffentliche oder ehrenamtliche Hilfe länger zu Hause wohnen können, fallen weniger Heimkosten an und die Einwohner sind zufriedener. Bürgerengagement muss von der Gemeinde ermöglicht werden: finanziell und strukturell. Das hat auch die Gemeinde Lieksa in Ostfinnland erkannt und entsprechend ihre Altenpflege reorganisiert: Senioren, die zu Hause wohnen, werden nach individuellem Bedarf betreut, und die Anzahl der stationären Heimpatienten ist rasch zurückgegangen. Teile der häuslichen Pflegeleistungen werden von privaten Unternehmen ausgeführt. Insgesamt verzeichnet Lieksa hier nun finanzielle Gewinne und glücklichere Patienten.

Mit innovativen, kreativen Maßnahmen können Kosteneffizienz und Servicequalität verbessert werden. So gehört für manche ostfinnische Gymnasiasten ein gemeinsamer, ortsübergreifender, elektronischer Unterricht zum Schulalltag. Da die finnischen Gemeinden selbst Verantwortung für die Organisation vieler Dienstleistungen – zum Beispiel Grundausbildung, Kinder- und Altenpflege und medizinische Grundversorgung – tragen und gleichzeitig über eigene Finanzen, Besteuerungsrecht und hohe gesetzliche Autonomie verfügen, haben die Gemeinden relativ großen Spielraum, eigeninitiativ zu handeln. Seit 2007, durch die Erweiterung der Rolle von ihren Regionalverbänden, können Gemeinden auch mehr Einfluss auf die staatliche Regionalpolitik und Ausgaben verschiedener Verwaltungsfächer ausüben.

Solche Musterbeispiele gibt es jedoch nur wenige. Denn vielen finnischen Gemeinden fehlt es an Initiative. Mit ihrer derzeitigen Politik bleiben sie höchstens die Heimathäfen der in die Stadt pendelnden Arbeitnehmer. Verbesserte Partizipationsmöglichkeiten in entscheidenden Gremien sind hier ein Mittel, das zu mehr Engagement der Bürger führen und Innovationen herbeiführen kann.<sup>15</sup>

So gehört es zu den Kernaufgaben der Raumordnung nach §1, §2 ROG „den Gesamttraum und seine Teilräume durch zusammenfassende, übergeordnete Raumordnungspläne und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern“. Eine solche Sicherung kann aber nur schwer vor dem Horizont künftiger Möglichkeiten erfolgen. Es ist darum paradoxerweise wichtig, Innovationen vor dem Zugriff oder der Reglementierung durch bestehende raumplanerische Instrumente zu sichern und zu schützen. Erfolgreiche Projekte entwickeln ihren eigenen raumplanerischen Sog – die durch sie eingeleitete neue sozioökonomische Situation wird dann zur Grundlage neuer Raumplanung.<sup>16</sup>

Um die in der Demografiepolitik der Länder und durch das BMVBS-Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ gewonnenen Einsichten noch einmal deutlich zu formulieren: Erfolgreiche Innovationen entstehen nicht durch umfassend gemanagte Projekte der Raumplanung, sondern vielmehr als professionell begleitete und gesteuerte Investitionen, die eine konkrete und bestimmte Innovation zum Ziel haben und sich darum drehen, diese Zukunftsinvestition durchzusetzen.

In der Aufstellung auf der nächsten Seite zeigt sich bereits, dass es zwei grundsätzlich unterschiedliche Kategorien erfolgreicher Innovation gibt. Beide unterscheiden sich hinsichtlich des (auch finanziellen) Aufwandes für die öffentliche Hand und auch hinsichtlich ihres Effektes auf eine neue, sich selbst organisierende regionale Dynamik. Beide Bereiche aber lassen sich so organisieren, dass sie erheblich mehr Effizienz mit sich bringen und dass sie einen Impuls für erneuerte Attraktivität einer Region geben.

## 1 Projekte zur Rettung existenzieller Daseinsvorsorge

Leitgedanke: Mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Versorgung garantieren.

Als positive Beispiele für einen solchen Ansatz lassen sich einige Projekte im Landkreis Südharz-Kyffhäuser bewerten – etwa das „Servicehaus Helbra“, der „Servicestützpunkt für alle Generationen und Bürgerzentrum Cruciskirche“ in Sondershausen. In der Modellregion Stettiner Haff ist das Projekt „Stadthaus in Eggesin – Kleinstadt für die dritte Generation“ als gelungen zu bewerten. Alle vier Projekte sind Investitionszuwendungen für soziale Infrastruktur, die regional vorhandenen und sich selbst tragenden Initiativen gesellschaftlicher Sozialarbeit helfen. Sie steigern somit in Ansätzen das Bewusstsein der Bürger für das eigene Können und verhelfen ihnen zu mehr Autonomie.

Einen effizienten Weg, die lebenswichtige Versorgung zu verbessern, zeigen auch das Modellprojekt „Gemeindeschwester AGnES“ (Arztentlastende, Gemeinde-nahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) oder die Einführung von „Medizinischen Versorgungszentren“ (MVZ), die in gewisser Weise eine Wiedergeburt der alten Poliklinik darstellen. Solche Projekte wirken nicht in erster Linie auf eine *wirtschaftliche Dynamisierung, die sich selbst tragen kann*, sondern sind möglicherweise über die Jahre weiter auf eine Finanzierung durch die Gemeinschaft (also die öffentliche Hand) angewiesen.

Die gesteigerte Effizienz, die sich mit diesen hier als positiv bewerteten und in Teil 3 in eigenen Modernisierungsbereichen weiter entfalteten Projekten verbindet, ist nicht in erster Linie marktwirtschaftlich, auch wenn dieser Aspekt berührt wird. Die Effizienz der innovativen Vorschläge zeigt sich darin, *dass sie mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Versorgung garantieren* – auch wenn diese Versorgung weiter von der Gemeinschaft getragen werden muss. Eine gute, effiziente, wissenschaftlich moderne, menschlich erfüllende medizinische Versorgung ist aber, anders als ein Anschluss des eigenen Hauses an die kommunale Abwasserentsorgung, kein Luxus, sondern eine Leistung, auf der eine funktionierende moderne Kultur erst basiert.

Hier kommt es nicht zuallererst auf Rentabilität an sondern auf die „Sicherung der Zivilisation“. Zu deren Aufrechterhaltung muss der Staat investieren. Er kann dabei aber eine unproblematische, flächendeckende Versorgung erreichen – im Gegensatz zur bisherigen medizinischen Versorgung, bei der eine Reihe von bürokratischen Regeln genau dies verhindern. Der Staat kann somit entweder eine Effizienzsituation schaffen (die zumindest die Versorgung selbst organisiert, wenn vielleicht auch nicht die Kosten selbst trägt) oder sich für die schlechteren Modelle entscheiden (siehe Teil 3, Modernisierungsbereiche „MVZ/ Gemeindeschwester“, „Bildungsautonomie“).

# Knotenpunkte und Systemsprünge

## Problemlösungen mit win-win-Potenzial<sup>17</sup>

Land	Ort	Projekt	Projekträger	
Burgenland (Österreich)	Güssing	Energieautarkie durch Holzkraftwerk	Gemeinde Güssing (EU-Leader-Mittel)	
Baden-Württemberg	Freiamt	Energieautarkie	Kommune	
Baden-Württemberg	Eichstetten b. Freiburg	Regionalwert AG (Agraraktiengesellschaft, ökologisch, sozial verantwortlich)	privat	
Niedersachsen	Jühnde	Energieautarkie	Kommune	
Sachsen	Reichenbacher Land	Energieautarke Kläranlage	BMVBS	
Sachsen-Anhalt	Dardesheim/Hz.	Virtuelles Kraftwerk	Kommune, Region	
Sachsen-Anhalt	Poppau	Ökodorf Siebenlinden	privat	
Sachsen-Anhalt	Land	Transage	AOK, Min. für Ges., BMBF	
Thüringen	Crawinkel	Agrar GmbH, Ökolandbau durch halboffene Weidelandschaft	privat	
Thüringen	Hauteroda	Demeterlandbau, biologische Großküchenverpflegung und Beschäftigung Behinderter	Gutshof Hauteroda	
Brandenburg	Brodowin	Ökodorf, Agrargenossenschaft	privat	
Länder-übergreifend	Landesweit	Medizinische Versorgungszentren		
Länder-übergreifend	Landesweit	Gemeindeschwester AGnES		

	Erfolgsgrund	Folgen	Hindernisse
	Wirtschaftlichkeit; mehrdimensionale Lösung (Energieüberschuss, heimische Rohstoffverwertung, Attraktivitätssteigerung)	Zuwanderung, Ansiedlung von Betrieben, Vorbildort (Demografietourismus)	Anschubfinanzierung nötig (EU)
	Wirtschaftlichkeit, win-win-Charakter		
	Wirtschaftlichkeit, win-win-Charakter		fehlende „triple bottom line“ Routine
	Wirtschaftlichkeit, hoher finanzieller Überschuss	Entwicklungsmöglichkeiten	
	Wirtschaftlichkeit, Kostenvermeidung, Zukunftspotenzial		
	Im Aufbau		Energiestrukturen
	Autarkie (energetisch und zum Teil landwirtschaftlich), Veranstaltungs-Innovations- und Weiterbildungszentrum		Kaum Unterstützung durch das Land
	Telemedizinische Servicezentren, Home Monitoring		Pilotphase
	Holistische Lösung (Naturschutz als Weideviehhaltung)	Starker Attraktivitätsgewinn der Landschaft	Landwirtschaftliche Förderstrukturen
	Wirtschaftlichkeit, <i>win-win</i> -Charakter		
	Wirtschaftlichkeit, Ausrichtung auf Berlin		
	Effizientere Nutzung von Infrastruktur, Verbesserung der Kommunikation		
	Effizienz, Aufgabenteilung, mehr menschlicher Kontakt	Weiterbildung medizinischen Personals	Finanzierung unklar



## 2 Projekte zur Aktivierung und Dynamisierung durch Zukunftslösungen radikaler Modernisierung

Leitgedanke: Eigene Wertschöpfungsketten und eigene Perspektiven schaffen, indem Probleme in Lösungen verwandelt und aus dem Mangel Vorteile gemacht werden.

Für die gut funktionierenden Innovationen zeigt sich, dass sie konsequent auf Zukunftslösungen setzen. Sie setzen das um, was gesellschaftlich längst als Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme *auch der Wachstumsregionen* diskutiert wird (Energieautarkie, kurze, ökologische, sozial integrierte Wertschöpfungsketten).

Der *win-win*-Charakter solcher Innovationen rührt daher, dass diese Lösungen neben der Antworten auf Probleme eine Reihe anderer Vorteile mit sich bringen, wegen derer man sie ohnehin im Nachhaltigkeitsdenken als Zukunftskonzepte favorisiert. Lösungen, die nicht punktuell Symptome mildern sollen, sondern die Großwetterlage des Handelns verändern, wirken in vielen Bereiche in eine gemeinsame Richtung. Zudem können solche Investitionen eine hohe Effizienzrendite ermöglichen. Diese wird dann aber nicht aus der Region abgezogen, sondern verbleibt dort und führt zu einer eigenen Wertschöpfung. Die Modernisierungsrendite wird damit zum Grundstock für weitere eigene Entwicklungen.

Es zeigt sich somit, dass Zukunftslösungen neben ihrer Spezifität auch einen Breiteneffekt haben: Hier ist *eine gute Lösung* tendenziell auch eine Antwort auf eine Reihe anderer Probleme. Diese Wirkung lässt sie wiederum als systemische „Hebel“ im Sinne von Meadows erscheinen.<sup>18</sup> So hat etwa eine auf erneuerbaren Ressourcen basierende regionale Energieautonomie neben dem realen monetären Gewinn – Orte wie Güssing/Burgenland (Österreich) können mehr als 40 Prozent der autark erzeugten Energie verkaufen (siehe Aufstellung unten) – noch weitere Zusatzeffekte: Sie stärkt die Gemeinschaft (Zusammenarbeit bei der Energieversorgung; virtuelles Kraftwerk). Sie gibt einen Impuls, beispielsweise eine teure, heute überdimensionierte Abwasserentsorgung umzugestalten (zentrale oder dissipierte Biogasgewinnung), und kann sogar zu einer Verbesserung der Gewässerqualität beitragen.

Im Ergebnis sind das teils „harte“ Faktoren, teils „weiche“, die zu einer Verbesserung der Lage beitragen. Gerade letztere sind nicht zu unterschätzen, denn sie spielen eine entscheidende Rolle für die Stimmung in strukturschwachen Räumen (siehe Teil 3, Modernisierungsbereiche „Energieautarkie“, „Regionale ökologische Lebensmittelwirtschaft“, „Wir garantieren Ihnen Bewegungsfreiheit“, „Das Dorf als Wohnhaus“).<sup>19</sup>

Blickt man auf bereits jetzt erfolgreiche Zukunftsprojekte in ländlichen Problemregionen, so fällt immer auf, dass sie auf die Initiative eines einzigen oder einiger weniger Akteure zurückgehen. Der „Alles-oder-Nichts-Faktor“ ist also immer der Mensch, den es zur Innovation treibt. Hier liegt ein weiterer entscheidender Hebel: Gelingt es, solche Innovateure gezielt zu fördern – also nicht nur mit den für ihr Projekt nötigen Anschubmitteln, sondern auch mit einer persönlichen Beratung und Hilfestellung bei Engpässen – so ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg geschaffen. Dieser humane Faktor ist noch wichtiger als die administrative Freiheit, deren Mangel von Kennern der Situation ebenfalls als dramatische Hürde für Innovationen beschrieben wird.

Entscheidend für den Erfolg eines Projektes ist somit, wie gut die Akteure auf lokaler Ebene zusammenarbeiten, wie weit sie sich einig sind, auch strukturelle Hürden zu überwinden, wie stark sie von einer Vision ihres Tuns erfüllt sind.<sup>20</sup> Dabei ist die gesetzliche de-facto-Freiheit interessanterweise weniger wichtig als oft vermutet: Es hat sich in internationalen Untersuchungen häufig gezeigt, dass das durch Landesgesetze gesteuerte Maß an regionaler Autonomie keine Verbesserung lokaler Erfolge gebracht hat, wenn nicht die Beteiligten – und zwar auf allen lokalen Ebenen, als Verwaltung, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen (NROs), Bürger, Bildungssystem – miteinander kooperieren. Umgekehrt stellt sich heraus, dass gut funktionierende Vernetzung auch unter stark zentralisierten Strukturen mehr autonome Erfolge schafft als nur nominelle regionale Autonomie.<sup>21</sup>

# ABSCHIED VOM WACHSTUM

Der demografische Wandel zwingt dazu, sich von den klassischen Konzepten für die Entwicklung vieler ländlicher Räume zu verabschieden

Wer etwas über die Entwicklung ländlicher Räume aussagen will, muss immer die demografischen Rahmenbedingungen vor Augen haben, um überhaupt Entwicklungschancen von politischem Wunschdenken trennen zu können.

Deutschland verliert nach einer langen Phase des Bevölkerungswachstums seit dem Jahr 2003 Bevölkerung. Zunächst in kleinen Schritten von wenigen Tausend Einwohnern pro Jahr, aber bis dato haben sich die Verluste immerhin schon auf rund eine halbe Million summiert. Dieser Trend wird sich in Zukunft beschleunigen, denn nach einer langen Phase des Nachwuchsmangels in Deutschland gehen dem Land längst die potenziellen Eltern aus. Nach der mittleren Projektion des Statistischen Bundesamtes dürften in Deutschland bis zum Jahr 2050 rund acht Millionen Menschen weniger leben. Sollten Fertilität und Zuwanderung auf einem so niedrigen Niveau wie in den vergangenen Jahren verharren, wären die Verluste sogar noch deutlich höher.

Die neuen Bundesländer sind dabei Vorreiter im bundesweiten demografischen Trend. Das liegt zum einen an der Abwanderung von über 1,7 Millionen, vorwiegend jungen Menschen seit der Wende und zum anderen den vorübergehend extrem niedrigen Geburtenraten zwischen Rügen und dem Vogtland in den 1990er Jahren.

Bundesweit werden bis 2020 über 50 Prozent aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte vom Schrumpfen betroffen sein, wobei sich die Schwundregionen dann bereits weit in den Westen hinein ausgedehnt haben werden.

Die folgenden Karten und Grafiken sollen die mittelfristige demografische Entwicklung verdeutlichen und zeigen, welche realistischen Handlungsmöglichkeiten überhaupt bestehen.

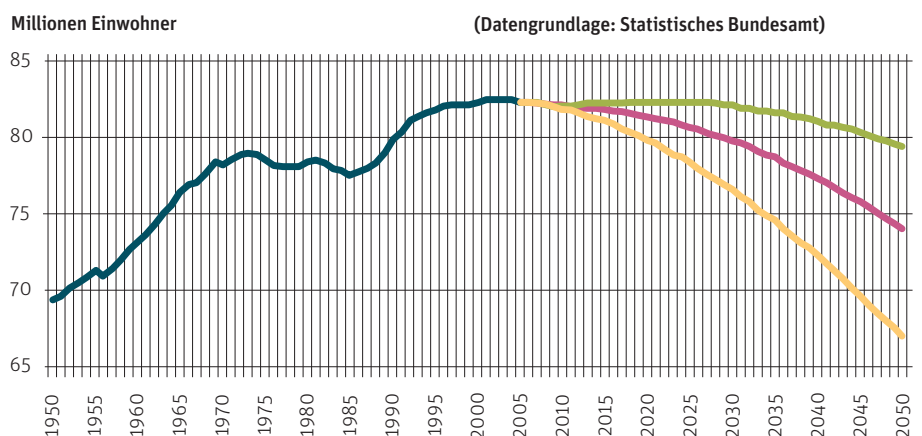
## Deutschlands Bevölkerung schrumpft

Die offizielle Bevölkerungsschätzung geht unter der Annahme einer weiter wachsenden Lebenserwartung, einer Fertilität von 1,4 Kindern je Frau und einer jährlichen Netto-Zuwanderung von 200.000 bis 2050 von einem Verlust von 7,7 Millionen aus. Relativ gering fiel er aus (minus 2,7 Millionen), würden stattdessen 1,6 Kinder geboren und die Menschen noch länger leben. Bekommen die Frauen jedoch nur 1,2 Kinder und wandern lediglich 100.000 Menschen pro Jahr zu, wachsen die Verluste auf über zwölf Millionen.

### Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland in drei Varianten

- hohe Variante
- mittlere Variante
- tiefe Variante

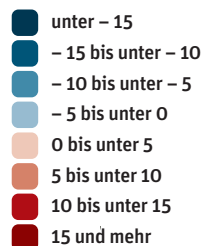
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



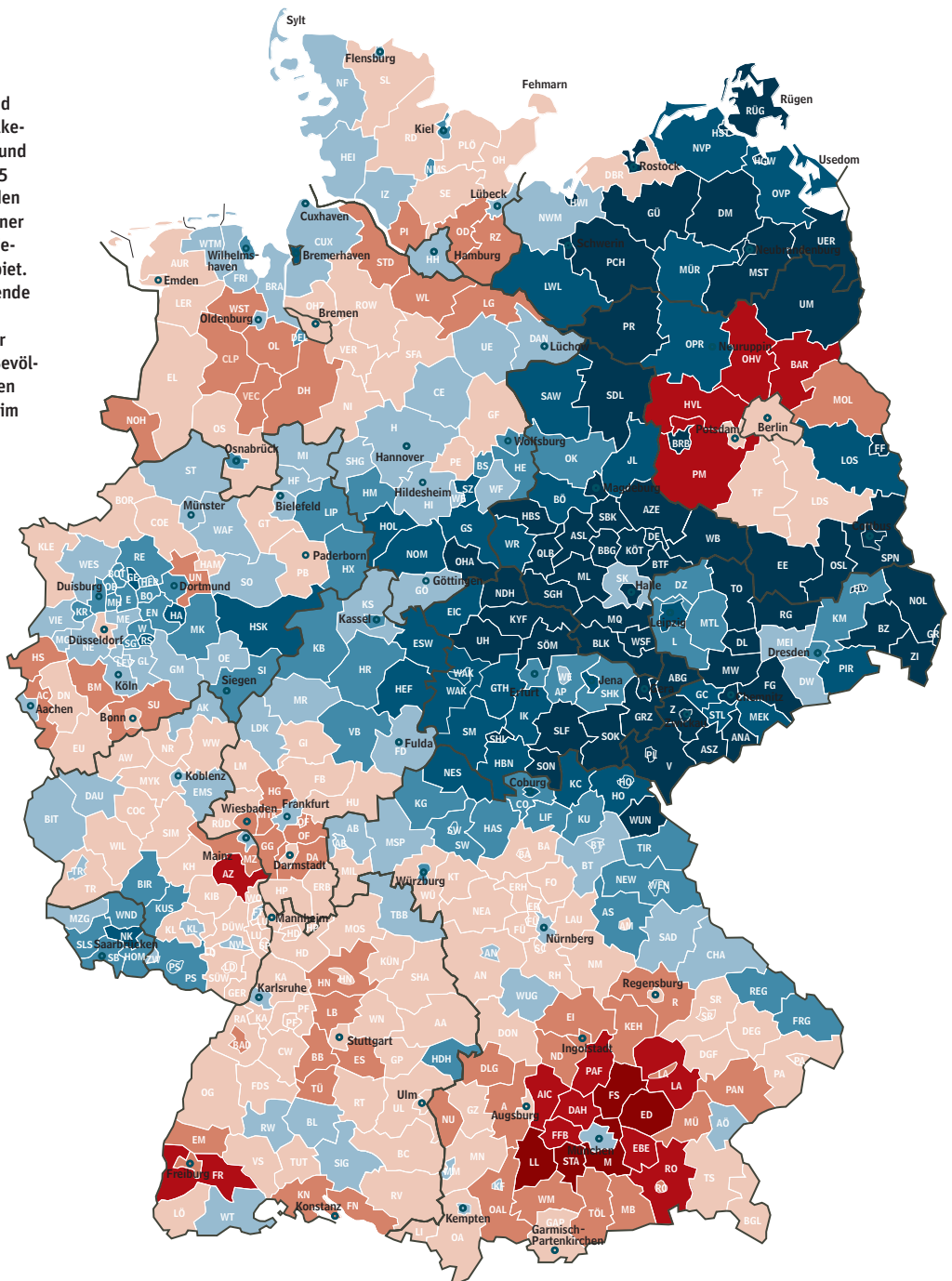
## Wachstums- und Schwundregionen in Deutschland

Mehr als die Hälfte der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte wird nach der aktuellen Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung schrumpfen und bis zum Jahr 2025 deutlich an Bevölkerung verlieren. Nicht nur in den ostdeutschen Regionen werden weniger Einwohner leben, sondern auch an den klassischen Industriestandorten wie dem Saarland oder dem Ruhrgebiet. Das Wegbrechen von ganzen Branchen und fehlende Perspektiven auf dem regionalen Arbeitsmarkt fördern dabei die Abwanderungsbereitschaft der Bevölkerung. Zu den Boomregionen mit einem Bevölkerungsgewinn von mehr als zehn Prozent werden nur wenige Kreise gehören: Sie liegen vor allem im Umland von Berlin und München.

Bevölkerungsentwicklung  
2007 bis 2025 in Prozent



(Datengrundlage: Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung (BBR))



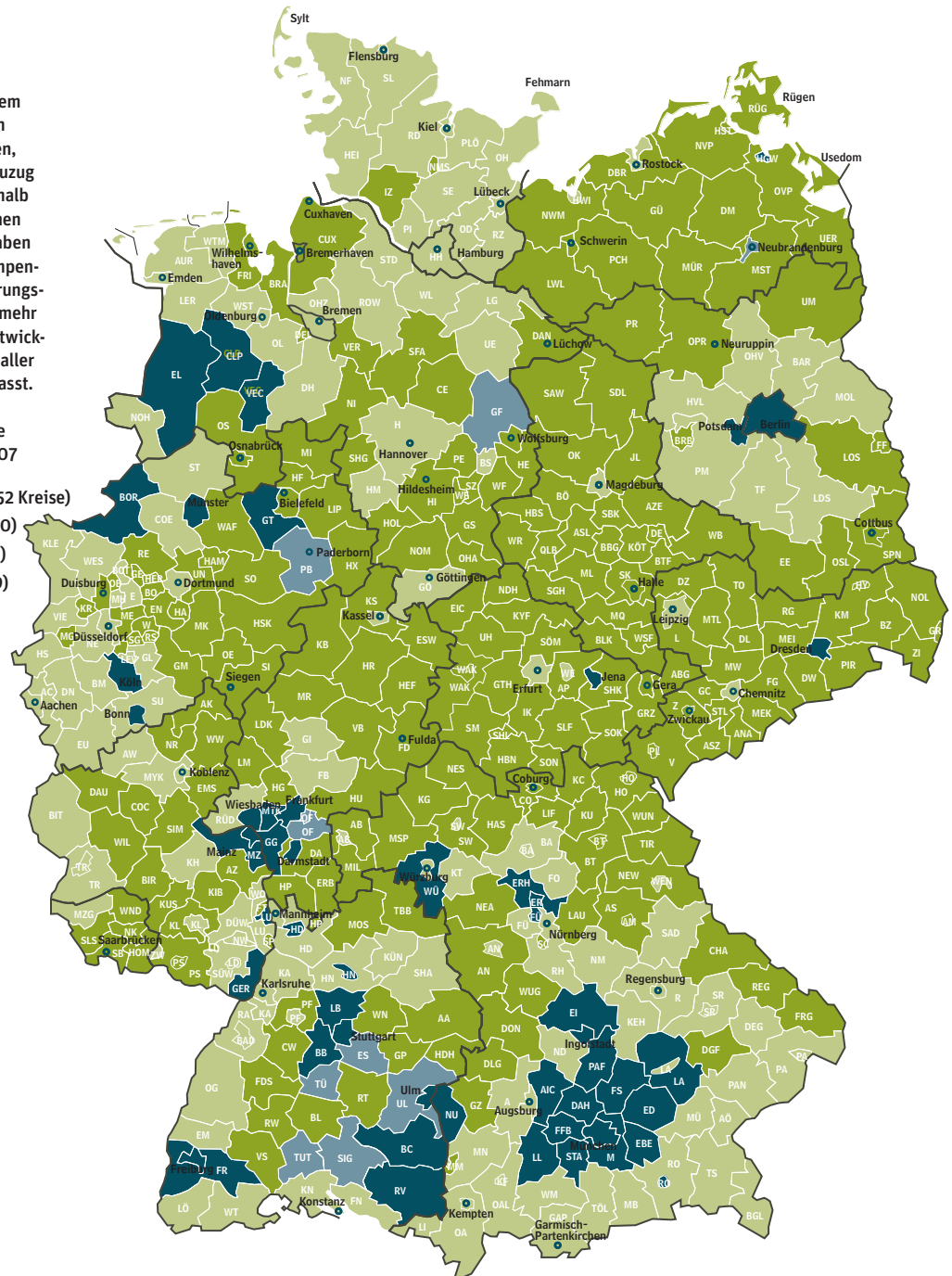
## Über die Hälfte aller Kreise schrumpft bereits aus zwei Gründen

Obwohl die Einwohnerzahl in Deutschland seit dem Jahr 2003 zurückgeht, wächst die Bevölkerung in manchen Gebieten weiter stark. Die dunkelblauen, meist wirtschaftstarken Gebiete erleben einen Zuzug vor allem junger Menschen und verzeichnen deshalb auch mehr Geburten als Sterbefälle. Die hellgrünen Zonen profitieren zwar von der Zuwanderung, haben aber zu wenige Kinder, um die Sterbefälle zu kompensieren. Dunkelgrün bedeutet doppelten Bevölkerungsverlust: Weil die Menschen abwandern und weil mehr Menschen sterben als geboren werden. Diese Entwicklung hatte bereits 2007 weit mehr als die Hälfte aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte erfasst.

Bevölkerungsveränderung nach Ursachen für alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2007

- Geburtenüberschuss/Wanderungsgewinn (52 Kreise)
- Geburtenüberschuss/Wanderungsverlust (10)
- Sterbeüberschuss/Wanderungsverlust (228)
- Sterbeüberschuss/Wanderungsgewinn (149)

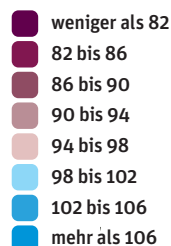
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



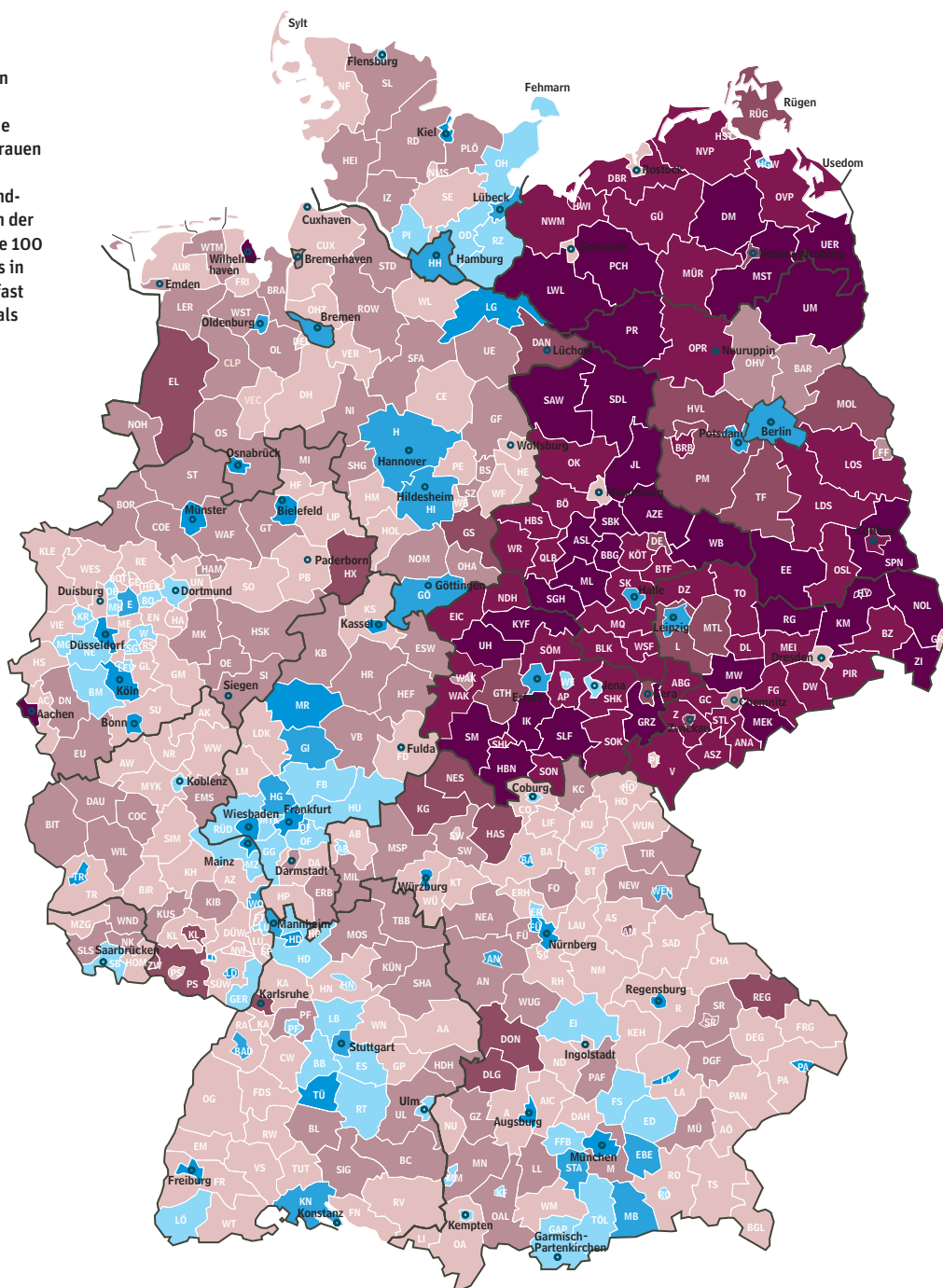
## Frauenmangel im Osten

In der Altersklasse der 18- bis 29-jährigen fehlen vielerorts Frauen. Der Mangel trifft vor allen die neuen Bundesländer. Hier wandern auf der Suche nach Arbeit oder Partnern weitaus mehr junge Frauen als Männer ab – und zwar in die wirtschaftlich prosperierenden Ballungsräume. Während in ländlichen Kreisen des Ostens wie in Demmin oder in der Uckermark teilweise nur noch 80 junge Frauen je 100 Männer in der gleichen Altersklasse leben, gibt es in Köln, Frankfurt am Main und München sowie in fast allen Universitätsstädten deutlich mehr Frauen als Männer.

Anzahl Frauen je 100 Männer in der Gruppe der 18- bis 29-jährigen 2007



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

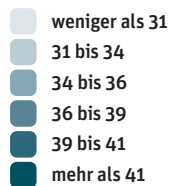




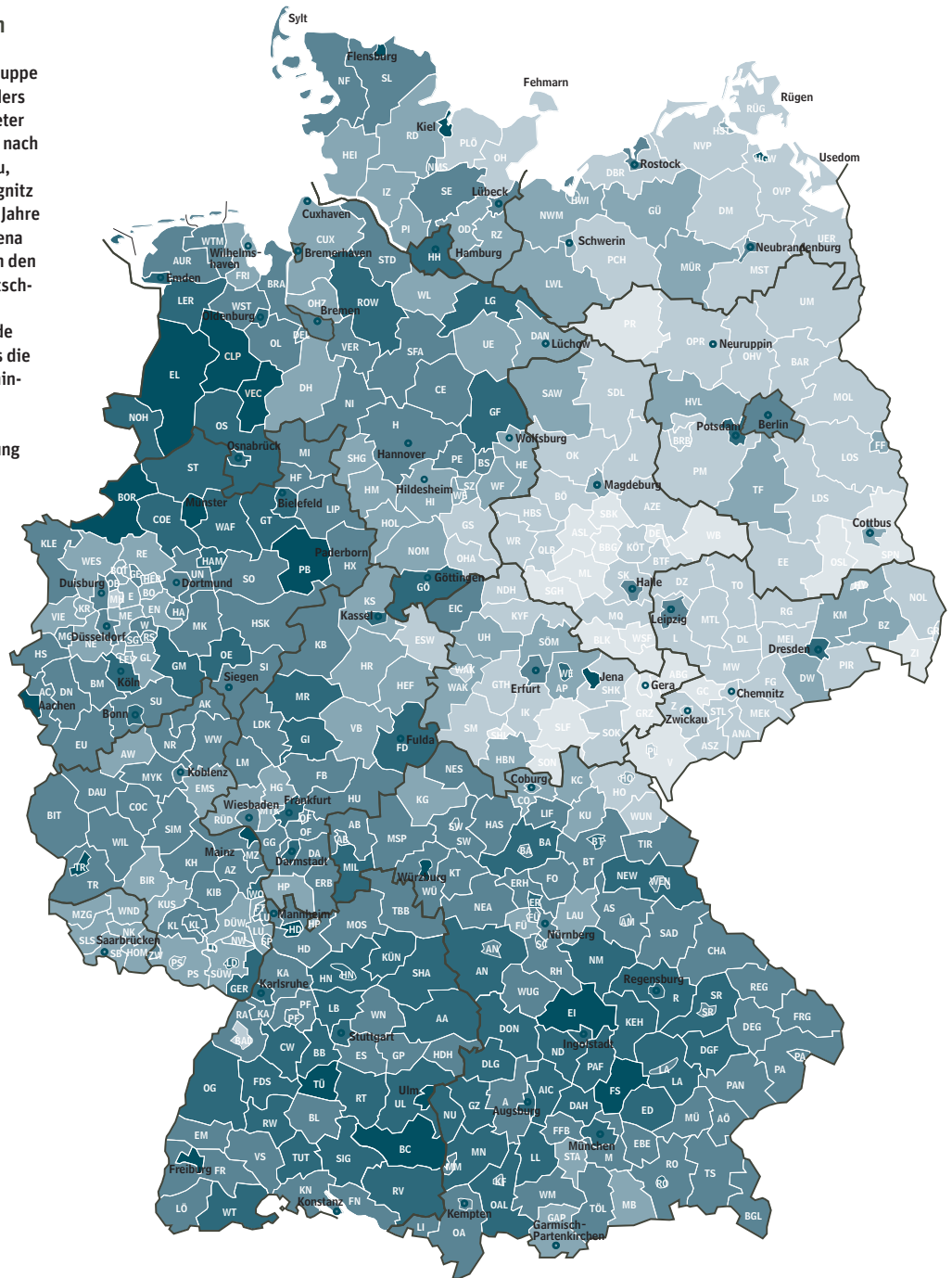
## Dem Osten fehlen die jungen Menschen

Abwanderung und wenig Nachwuchs lässt die Gruppe der unter 35-Jährigen stetig schrumpfen. Besonders die Abwanderung junger und oftmals gut gebildeter Menschen aus Ostdeutschland hat auch 20 Jahre nach dem Mauerfall nicht abgenommen. Sie führt dazu, dass in Kreisen wie Hoyerswerda oder in der Prignitz weniger als ein Drittel der Bevölkerung unter 35 Jahre alt ist. Dagegen können Universitätsstädte wie Jena oder Greifswald junge Zuwanderer verbuchen. In den Landkreisen Cloppenburg und Vechta leben deutschlandweit die meisten jungen Menschen. Fast die Hälfte der Einwohner ist jünger als 35 Jahre. Beide Kreise sind sehr beliebt bei jungen Familien, was die Abwanderung von potenziellen Eltern deutlich mindert und zu hohen Geburtenraten führt.

Anteil unter 35-Jähriger an der Gesamtbevölkerung 2007 in Prozent



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



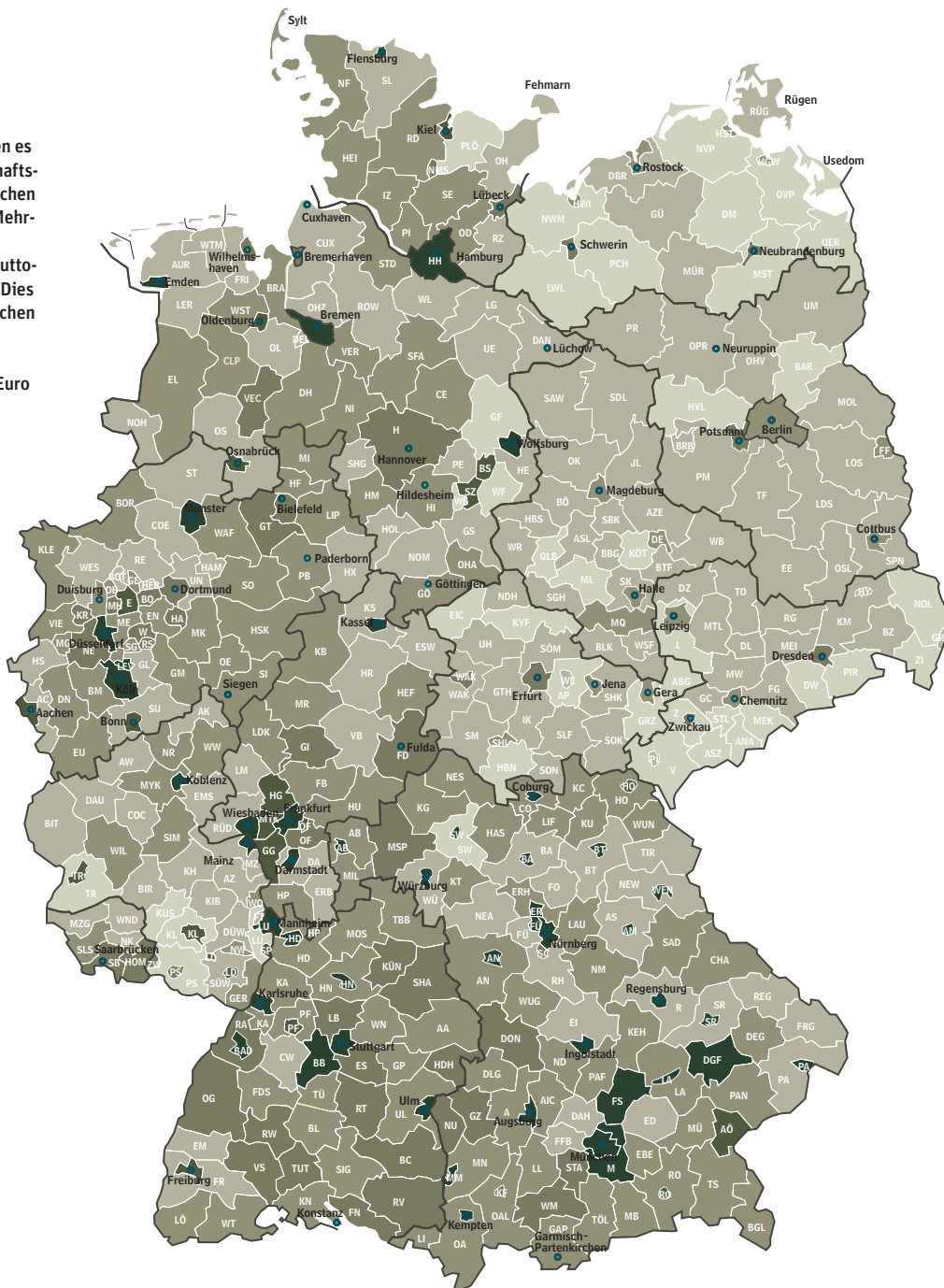
## Wirtschaftsstärke in den Städten

Die Städte erbringen den größten Teil der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Spitzenreiter ist München mit einem Bruttoinlandsprodukt von 78.000 Euro pro Kopf. Ländliche Regionen haben es dagegen schwer, sich gegen die urbanen Wirtschaftsmagneten zu behaupten, wirtschaftsstarke Branchen aufzubauen oder auf Dauer auch zu halten. Die Mehrzahl der sehr dünn besiedelten Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von rund 12.000 Euro. Dies ist nicht einmal halb so viel wie im bundesdeutschen Mittel.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2006 in Euro

- 14.500 und weniger
- 14.500 bis 20.000
- 20.000 bis 25.500
- 25.500 bis 31.000
- 31.000 bis 36.500
- mehr als 36.500

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



# 3. POLITIKVORSCHLAG: PROJEKT ZUKUNFTSREGION

**Auswahl und Förderung von Zukunfts-investitionen zur radikalen Modernisierung der Versorgung, die für eine künftige Strategie Vorbildcharakter haben. Ausgeführt wird dies von einer Bund-Länder-Projektgruppe im BMVBS, welche die Investitionen begleitet und Ausnahmetatbestände zur Durchsetzung schafft.**

Für dieses Projekt sind ausschließlich Regionen auszuwählen, die bereit und in der Lage sind, ihre eigenen Belange in die Hand zu nehmen und zukunftsweisende Konzepte, etwa im Bereich Energie- und Gesundheitsversorgung oder Schule vorzulegen.

## Kurzfassung

Bund und Länder organisieren ein Bewerbungsverfahren für eine fünfjährige individuelle Begleitung zukunftsorientierter Modernisierungslösungen in Regionen, die dem Notfalltatbestand „demografisch besonders betroffen“ entsprechen (Kriterien, siehe unten). Bund und Länder stellen gemeinsam eine stark handlungsorientierte, unbürokratische Projektgruppe auf.

In Frage kommende Projekte orientieren sich dabei entweder am hier vorgestellten Katalog von Zukunftsmaßnahmen aus sechs Modernisierungsbereichen (siehe unten). Sie können aber auch eine davon unabhängige Innovation anstreben. Dabei werden die Projektorganisatoren mit einer kontinuierlichen, professionellen Beratung unterstützt, damit sie ihren *Spielraum innerhalb der bestehenden Regeln maximal gestalten* könnten. Die Projektgruppe soll den Akteuren und ihren innovativen Ideen den Weg ebnen helfen, soll sie in Krisenzeiten beraten und Konfrontationen moderieren. Begleitend soll dabei in einem solchen Prozess der Bestand an hinderlichen Paragraphen identifiziert und beispielsweise durch Nutzung bestehender Experimentierklauseln und Standardöffnungsverfahren außer Kraft gesetzt werden. Die Projekte werden evaluierend begleitet. Sollte sich nach einer zweijährigen Probezeit kein Erfolg eingestellt haben, so erlischt

die Unterstützung. Diese neue Förderkultur unterbindet eine flächendeckende Förderung mit der Gießkanne beziehungsweise in Abhängigkeit von einer zufälligen politischen Großwetterlage sondern orientiert sich einzig an Erfolgskriterien. Gegebenenfalls ist eine Förderung über (zinslose) Kredite anzustreben, wobei die Kredite in einen Fonds zurückgezahlt werden, aus dem weitere Projekte finanziert werden.

Die Projektgruppe am BMVBS gibt keine Strategie vor, sondern setzt nur einen planerischen Rahmen und ermöglicht ansonsten lediglich eine große Handlungsfreiheit für die Akteure. Ziel ist es nicht Top-down-Ideen umzusetzen, sondern die Humanressourcen der Regionen zu aktivieren, die als eigentliche Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung anzuerkennen sind.

Bei der Planung der Projekte sind Indikatoren festzulegen und Ziele zu definieren. Werden Ziele nicht erreicht, ist ein Scheitern eines Projektes zu akzeptieren und als Lerneinheit zu verbuchen.



# Ausführliche Fassung und Begründung des Politikvorschlages

## Projektdauer

Die Projekte werden für eine Zeit von fünf Jahren geplant. Eine erste strenge Evaluation erfolgt nach zwei Jahren. Sind zu diesem Zeitpunkt keine Erfolge sichtbar, wird von weiterer Unterstützung abgesehen und werden gegebenenfalls alternative Projekte unterstützt.

## Projektmittel

Für jedes Projekt versucht das Ministerium, Mittel zu beschaffen. Die Länder werden sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer eigenen Zugänge insbesondere zu europäischen Förderprogrammen an der Finanzierung der Projekte beteiligen. Mit den gewährten Mitteln können notwendige Anschubinvestitionen direkt getätigt werden, ohne die eine lokale Zukunftswende nicht losgetreten werden könnte (Umstellung einer Kläranlage auf Biogasproduktion, Errichtung einer dezentralen solaren energetischen Versorgung, Einrichtung eines Bürger-Servicezentrums, Anschubfinanzierung von Bürgerstipendien in der Organisation des kommunalen Nahverkehrs et cetera). Es ist wünschenswert, dass jedes geförderte Projekt noch einmal die Höhe der Fördermenge an Drittmitteln akquiriert (etwa aus LEADER+ oder auch als Bankkredit).

Die in der Förderung enthaltenen Mittel stehen dem geförderten Projekt in voller Höhe zur Verfügung und werden von den geförderten Innovatoren *autonom verwaltet*. Die Mittel vermindern keine sonstigen zu beziehenden Zuweisungen (kommunaler Finanzausgleich) und führen nicht zu einer erhöhten Ausgleichslast der Gebietskörperschaft, für die eine Förderung stattfindet. Das Geld steht ausschließlich dem Projekt und den angestrebten Innovationen zur Verfügung.

## Eligibilitätskriterien

Um eine Förderung bewerben können sich Kreise, Kommunen, Firmen, Vereine, NGOs und Privatpersonen mit einem innovativen Projekt. Das Vorhaben kann einem der unten beschriebenen Modernisierungsbereiche entsprechen, aber auch eine eigene Zukunftsidee zum Ziel haben. Die Entscheidung über eine Förderung fällt die Projektgruppe formlos selbst.

Entscheidend ist, dass das Zukunftsprojekt *nicht auf die Rezepte der alten, durchsatzintensiven, auf fossilen Energien basierenden, Industriesubventionen voraussetzenden, Ressourcen zehrenden Mengenwachstumswirtschaft hört*. Projekte dieser Art werden mit den bestehenden Anreizsystemen ohnehin ausreichend (und in vielen Fällen übertrieben) gefördert. Sie greifen aber in den von uns behandelten Räumen nicht.<sup>22</sup> Es ist wichtig, zu sehen, dass wir eine Förderung der regenerativ-autarken Projekte nicht aus ideologischen Gründen empfehlen, sondern aus rein pragmatischen – weil die anderen, wachstumsorientierten Impulse in ländlichen Schwundregionen nachweislich nicht mehr funktionieren.

Bedingung der Förderungswürdigkeit ist der *Notfalltatbestand „demografisch besonders betroffen“*. Dieser umfasst als Querschnitt aus sozialen und wirtschaftlichen sowie bildungsbezogenen Faktoren folgende Kriterien<sup>23</sup>:

- einen Anteil von weniger als 37,01 Prozent Menschen unter 35 Jahren an der Gesamtbevölkerung
- einen Bevölkerungsverlust von im Saldo 0,5 Prozent pro Jahr im mittleren Saldo für den Zeitraum 2001 bis 2007
- ein BIP pro Kopf von 17.000 Euro und weniger
- eine Jugendarbeitslosigkeit von 12,01 Prozent und höher (Altersbereich 18 bis 25 Jahre)

Bewerben können sich nur Projekte aus Gebieten, die diesen Kriterien entsprechen. In besser gestellten Kreisen sind die Selbstheilungskräfte groß genug, um Lösungen mit eigenen Mitteln zu erlauben beziehungsweise auch um ein Gedeihen nach den Maßstäben der klassischen Sozioökonomie weiter zu gestatten.

Durch diese Auswahlkriterien ist gewährleistet, dass ein zentrales Projektziel erreicht wird: Die Auswahl ernst gemeinter, radikal angesetzter, aus einer wirklichen Notlage geborener Innovationen. Denn entscheidend ist für einen Erfolg auch, dass die Akteure

den Erneuerungsprozess nicht als Spiel betrachten, nicht als eine Option unter vielen, sondern dass ihnen nichts anderes mehr übrig bleibt, als sich ihrer Vision zu verschreiben. Die Erfahrungen zeigen, dass nur solche ernsthaften Prozesse zu schnellen, nachhaltigen, alle mitreisenden Änderungen führen. Es soll darum Teil der Projektförderung sein, dass sich die jeweils ausgewählten Akteure in einem „*Vision-Statement*“ *gegenüber einander und gegenüber der Förderungsinstitution verbindlich auf die Ziele ihres Projektes verpflichten*.

## Prinzipien der Umsetzung

Die Projektgruppe wählt die geförderten Zukunftsprojekte eigenhändig und formlos aus. Sie beteiligt sich an der strategischen Planung und berät bei der Auswahl geeigneter Mitarbeiter. Sie vermittelt Vorbilder, Modelle, weitere Fördermöglichkeiten, wichtige Kontakte und einen Austausch zwischen einzelnen Zukunftsprojekten. Das Projekt wird durch intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

Die Projektgruppe identifiziert strategische Hemmnisse (Strukturen, Gesetze, Blockaden innerhalb einer Gebietskörperschaft und zwischen den Akteuren) und kümmert sich um deren Beseitigung, auch durch Intervention innerhalb der Häuser des Bundes und der Länder. Es sind vergleichsweise wenige Paragraphen, die in besonderer Weise eine selbstwirksame Autonomie der unteren Ebenen verhindern. Der Vorteil, sich auf wenige, aber wirkungsvolle Paragraphen zu konzentrieren, liegt darin, dass damit nicht eine politreformerische Großaufgabe verbunden ist und dass daher die Chancen auf Umsetzung steigen.

Lässt man sich auf den Versuch ein, in bestehende gesetzliche Regel einzugreifen, um mehr Freiheit für die Akteure zu erzielen, so ist es generell Erfolg versprechender, nicht *neue Gesetze* (und seien dies Sonderregeln für eine erhöhte Bewegungsfreiheit) hinzuzufügen, sondern bestehende abzuschaffen beziehungsweise außer Kraft zu setzen. Gerade kleine Ergänzungen erhöhen die Komplexität des Gesetzesgefüges beträchtlich und können somit Verbesserungen, die eigentlich angestrebt waren, vereiteln.<sup>24</sup>

## Modernisierungsbereiche

Wir schlagen sechs Innovationsbereiche vor, die sich bereits in den von Ländern und den Häusern des Bundes geförderten Einzelprojekten besonders bewährt haben (siehe Aufstellung in Teil 1). Es handelt sich um

- **Energie** („die energieautarke Region“)
- **Landbau und kleine Kreisläufe** („Regionale ökologische Lebensmittelwirtschaft“)
- **Mobilität** („Wir garantieren Ihnen Bewegungsfreiheit“)
- **Soziale Aktivierung und Integration** („Das Dorf als Wohnhaus“)
- **Gesundheit** („MVZ/Gemeindeschwester“)
- **Schule** („Bildungsautonomie“).

Die Auswahl dieser Bereiche folgt keiner ressortspezifischen Aufteilung. Unschwer lässt sich erkennen, dass etwa der Bereich Energie mindestens unter die Ressorts Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr und Bau zugleich fällt. Gerade der ressortspezifische Ansatz wird von den Beteiligten als eine Blockade wirklicher Innovation beschrieben.

Es geht somit darum, eine bestimmte Zahl von „Erneuerungsmotoren“ zu finden, deren Einführung einen Systemsprung verursachen kann und – wenn auch nur auf lokaler Ebene – die sozioökonomische Großwetterlage zu ändern vermag. Beispiele dafür sind die mittlerweile an vielen Orten florierenden Maßnahmen zur autarken Energieversorgung. Solche Lösungen sind *ganzheitlich*, weil sie mit einem Konzept *verschiedene* Probleme in unterschiedlichen Feldern lösen, die mit dem Ursprungsproblem auf den ersten Blick nicht einmal verbunden scheinen müssen. So erwirtschaftet ein CO<sub>2</sub>-neutrales Biomasse-Kraftwerk Geld für die kommunalen Kassen, führt damit zur Attraktivitätssteigerung einer Gemeinde, *leistet aber zugleich einen entscheidenden Beitrag zur ohnehin mittelfristig notwendigen CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft und entkoppelt die Ökonomie von der Abhängigkeit von fossiler Versorgung*.

## Modernisierungsbereich Energieautonomie

„Die Stadt (die Region) als Kraftwerk“

Das Ziel dieses Modernisierungsbereichs besteht darin, eine Region (Stadt, Kommune) von der fossilen Energienutzung abzukoppeln und stattdessen kostengünstig eine lokale, solare Energieproduktion zu beginnen (Sonne und Biomasse, beispielsweise Holz und Biogas auch aus umgestellten Kläranlagen, gegebenenfalls aus der Nutzung der „Biotonne“ der Haushalte<sup>25</sup>, alternative Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme, kleine dezentrale Blockheizkraftwerke, bis hin zur Biomasse-basierten Methanherstellung). Der Preis und die Verfügbarkeit fossiler Energien sind schon jetzt ein limitierender Faktor für wirtschaftlichen Erfolg und werden das in Zukunft noch stärker sein. In der unabhängigen Herstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen liegt demnach ein entscheidender wirtschaftlicher Stellhebel.

Diverse Beispiele für regionale Energieautarkien in Deutschland und Europa zeigen, dass sich mit einer solchen Umstellung eine sozio-ökonomische Trendwende in benachteiligten Räumen herbeiführen lässt und dass für finanziell vorher schlecht gestellte Regionen Netto-Überschüsse möglich sind. Es ist auch denkbar, die alternative Energieerzeugung einer ganzen Region in Form eines „virtuellen Kraftwerks“ zu vernetzen.<sup>26</sup> Bei dieser parallelen Struktur sind Ausfälle eines Energieträgers (etwa Wind) durch die Vielzahl anderer Erzeugungsarten zu kompensieren („Energie-Internet“).<sup>27</sup>

Diese alternative Energienutzung bedeutet nicht, wie oft noch befürchtet, ein Minusgeschäft. Vielmehr erweisen sich Projekte zu regionaler Energieautarkie oft als entscheidendes Moment, um eine im Niedergang befindliche Regionalwirtschaft wieder mit Schwung zu versehen. Im viel zitierten burgenländischen Güssing, in einer der strukturschwächsten Regionen der EU gelegen, hat sich jüngst sogar ein großer Holzverarbeiter der Betrieb (Parkettherstellung) neu angesiedelt, weil er effizient eine *win-win*-Situation nutzen kann: Er bezieht günstige Energie; die Produktionsabfälle lassen sich für die Erzeugung eben dieser Energie nutzen.

Die Art und Weise der Energienutzung ist eine zivilisatorische Schlüsseltechnologie.<sup>28</sup> Das heißt: Sie vermag nicht nur schwache Regionen wiederzubeleben, sondern auch die regionale ökonomische und ökologische Wende in andere Bereiche zu tragen. Hier liegt somit ein klassischer „Knotenpunkt“ vor.

### Folgender Nutzen könnte sich aus einer autark-solaren Energieversorgung ergeben:

- eingesparte Energiekosten/ Einnahmen durch Energieexport
- vermiedene CO<sub>2</sub>-Emissionen (die sich in einem künftigen CO<sub>2</sub>-Emissions-Handelssystem als finanzieller Gewinn verbuchen lassen)
- zusätzliche Arbeitsplätze
- erhöhte Biodiversität bei nachhaltiger Landschaftsnutzung und Verbindung von Biomassegewinnung mit Restaurationsmaßnahmen, etwa CO<sub>2</sub>-festlegenden Niedermooren<sup>29</sup>
- erhöhte wirtschaftliche Resilienz durch Unabhängigkeit von schwankenden Fossilbrennstoff-Exportmärkten
- Konkurrenzfähigkeit als Anbieter für energetisch-avancierte Lösungen
- Anziehungspol für Neuzuwanderer wegen niedrigerer Energiekosten, allgemeiner Innovationsaura, schönerer Landschaft, höherer sozialer Kohäsion durch das gemeinschaftliche Projekt „Energieautonomie“

## Modernisierungsbereich regionale ökologische Lebensmittelwirtschaft

„Qualität aus der Region“

Der deutsche Lebensmittelmarkt ist durch die Dominanz von Massenherstellern geprägt, die durch eine Unzahl von Marken und Produkten Vielfalt vorgaukeln. Eine ökonomische Nische besteht hier in der Konzentration auf hohe Qualität mit regionalem Bezug. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Einsparpotenziale des Biolandbaus (erheblich weniger Kosten für Maschinen, Dünger, Pestizide) mit den Verdienstmöglichkeiten genutzt werden. Erfolge von neuen Handelsketten wie Tegut in Hessen/Thüringen oder BioCompany und LPG in Berlin zeigen das Marktpotenzial. Bereits ohne ein Preissystem, das die hohen externen Kosten der industriellen Landwirtschaft berücksichtigt, kann Biolandbau einen *win-win*-Charakter haben (siehe Beispiele oben, etwa Gutshof Hauteroda, Regionalwert AG Freiburg, Crawinkel/Thüringen).

Vom finanziellen Gewinn des herkömmlichen Landbaus bleibt bisher kaum etwas in der Region, weil die größte Gewinnspanne nicht beim Produzenten, sondern bei diversen Zwischenhändlern (Landgroßhändler, verschiedene Veredler, Großhandel, Einzelhandel) hängen bleibt – im Schnitt etwa 90 Prozent des Produktpreises.<sup>30</sup> Ökologische Landwirtschaft erwirtschaftet zudem *im Schnitt mehr Ertrag je Flächeneinheit* – und bietet auch mehr Arbeitsplätze<sup>31</sup>. Kombiniert man diese Aspekte, so gewährt eine *regionale ökologische Lebensmittelwirtschaft* eine Reihe von Möglichkeiten der wirtschaftlichen Aktivierung: Sie leitet die Gewinnmargen der Zwischenhändler in die Gemeinschaft um, sie begünstigt das Entstehen von Arbeitsplätzen, und sie hat eine Reihe positiver Synergieeffekte, die sich gut in das oben dargelegte Bild einer regionalen Energiewirtschaft einfügen.

### Folgende *win-win*-Situation kann sich aus einer regional-ökologischen Landwirtschaft ergeben:

- Wirtschaftlichkeit durch Regionalisierung, Stärkung des Mittelstandes
- erhöhte Einkünfte für eine Region und dadurch mehr Flexibilität und Autonomie
- reduzierte Ausgaben für die regionalen Haushalte und Attraktivitätssteigerung
- Wirkung auf die Gemeinschaft (auf Bauernmärkten sprechen Menschen im Schnitt *zehn Mal soviel* miteinander wie in Supermärkten)
- schönere Landschaft
- Synergien beim Tourismus
- Kombination mit regenerativ-autonomen Energiesystemen

## Modernisierungsbereich Soziale Aktivierung und Integration

„Dorfzentrum und Bürger-Servicemodul“

Die meisten Dörfer und Gemeinden peripherer Landbereiche sind durch ein hohes Maß an sozialer Vereinzelung und Isolierung gekennzeichnet. Dienstleistungen sind kaum noch erhältlich, die Post hat geschlossen, ein Lebensmittelladen ist vielerorts nicht mehr vorhanden, eine Gaststätte fehlt – das Leben kreist nicht um einen Mittelpunkt an Ort und Stelle, sondern ist auf das nächste Regionalzentrum ausgerichtet, das mit dem Wagen angefahren muss. Diese Situation führt nicht nur zur latenten Atmosphäre der Verödung, sondern erschwert den einzelnen Haushalten – gerade Familien mit kleinen Kindern – die Organisation des Alltags: Alle müssen für sich allein alles einzeln beschaffen und alle nötigen Versorgungsdienste individuell organisieren.

Eine Möglichkeit, diese Situation umzukehren und zugleich den weichen ökonomischen Faktor der Atmosphäre und die Effizienz der Versorgungsmöglichkeiten zu steigern, besteht in der Einrichtung eines „Bürger-Servicemoduls“ im Dorfzentrum. Dieses ist an den Zentren von „Co-Housing“-Gemeinschaften orientiert – Wohnanlagen, die nicht

nur räumliche Nähe umsetzen, sondern zugleich einen Teil der Haushaltserfordernisse zentral organisieren. „Co-Housing“-Gemeinschaften (von den „Villagehomes“, die in den 1970er Jahren in Los Angeles entstanden sind bis hin zur autofreien Hamburger Wohnanlage „Wohnwarft“<sup>32</sup> und weltweit mittlerweile über 1.500 „Ökodörfern“) schaffen Möglichkeiten, die soziale Kohärenz zu erhöhen und *dabei* die Effizienz der Gemeinschaft zu steigern. Solche Projekte haben zurzeit einen immensen Zufluss. Wohnungen in funktionierenden Co-Housing-Gemeinschaften sind meist über Jahre ausgebucht. Neue Vorhaben entstehen laufend, und viele von ihnen konnten in wirtschaftlich schwachen Regionen eine eigene ökonomische Dynamik entfalten.<sup>33</sup>

Schlüssel aller solcher sozialer Projekte ist, dass es ein Zentrum der Gemeinschaft gibt, in dem eine Reihe von essenziellen Dienstleistungen angeboten werden und dieses somit als sozialer und zugleich organisatorischer Schnittpunkt wirkt. Wenn die hohe Funktionalität eines solchen Gemeinschaftsortes wiederentdeckt wird, kann sie einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit und zur Lebensfähigkeit einer Kommune leisten und sogar *das entscheidende Band* sein zwischen Ideen wie einer regionalen Wirtschaft und Bemühungen, die Bewohner wieder sinnvoll in das Gemeinschaftsleben zu integrieren.

Ein solches Service-Modul ließe sich als privates Unternehmen oder als Public-Private-Partnerschaft organisieren. Ko-finanziert werden kann ein solches Bürger-Servicezentrum aus den Gewinnen der regenerativen Energieversorgung, oder sogar direkt aus einer lokalen Steuer, die Wohnkosten zwar geringfügig teurer macht, aber dafür eine deutliche Erleichterung des täglichen Lebens bedeutet. Gerade berufstätige Eltern mit

kleinen Kindern würden die Erleichterung des täglichen Organisationsaufwandes (Waschen, Mahlzeiten kochen, Kinder betreuen) schätzen – so sehr, dass eine Region, die mit einer solchen sozialen Innovation würde, mit einer Steigerung der Attraktivität als Wohnort rechnen könnte. Zudem könnten ältere Menschen, statt passiv auf das (in einer weitab liegenden Zentralküche zubereitete) Essen zu warten, aktiv die Gemeinschaft aufsuchen, um dort zu essen oder auch an der Zubereitung des Essens mitzuarbeiten.

Um all dies zu erreichen, sollte das Zentrum ständig verfügbar wichtige Gemeinschaftsdienste erfüllen, die Bürger entlasten, aber auch zusammenführen:

- Mittagstisch und Abendbrot, Restaurant und Gaststätte
- Wäscherei und Reinigung
- Schnittstelle zur gemeinschaftlich organisierten Mobilität / Autopool / Haltestelle des Mehrzweckbusses (siehe Mobilität)
- Post
- Verkaufsstelle von Lebensmitteln und von Dingen des täglichen Bedarfs
- gegebenenfalls benachbarte kleine Schule
- Kinderbetreuung und -speisung.
- in größeren Orten: Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)

#### **Ein Bürger-Service-Modul im Dorfzentrum würde demnach vielfach positiv auf die Probleme einer Gemeinschaft ausstrahlen:**

- Effizienzsteigerung der Versorgung
- Organisation von effizienter Mobilität
- Lösung von Betreuungsproblemen für Kinder *und* Zeitproblemen für Familien (Haushalt, Kochen, Wäsche)
- entlohnte oder freiwillig erbrachte Dienstleistungen der Mitarbeiter
- soziale Kohäsion / Erlebnis von Sinn und Gemeinschaft
- weicher Faktor des „positiven Dorflebens“

## Gemeinsamer Utility-Park

Eine an die vorangegangenen Überlegungen angekoppelte Idee besteht darin, den Pool an notwendigen, aber teuren technischen Geräten, die jeder einmal braucht, gemeinschaftlich zu organisieren und zahlenmäßig zu reduzieren. So haben in durchschnittlichen Wohngebieten meist *alle* Eigenheimhaushalte einen Rasenmäher, den sie aber maximal einmal in der Woche nutzen. Ähnliches gilt für viele Haushaltsgeräte, Werkzeug, Vorratstechnik (Kühltruhen) et cetera. Auch hier hätten alle von einer gemeinschaftlichen Organisation mehr Vor- als Nachteile – und würden viel Geld sparen.

Dieser Gedanke leitet über zum zentralen Punkt gemeinschaftlicher Organisation, der bereits jetzt in vielen Regionen weit entwickelt, gut vorbereitet und lange erprobt ist, dessen praktische Umsetzung aber vielfach an strukturellen Grenzen scheitert: der gemeinschaftlich organisierten Mobilität.

## Modernisierungsbereich Mobilität

„Wir organisieren Ihre Bewegungsfreiheit – kostenlos“

Bei diesem Modernisierungsbereich lassen sich zwei Stufen unterscheiden, deren Möglichkeiten bisher unterschiedlich weit ausgelotet wurden: die gemeinschaftlich organisierte Mobilität (Motto: Bürgerbus) – und die pauschal garantierte Mobilität unter dem Motto „Autofreiheit“, bei der die einzelnen Bürger auf eigene Fahrzeuge verzichten, ihre Bewegungsfreiheit aber von der Gemeinschaft (Gebietskörperschaft, Verein et cetera) organisiert und garantiert wird. Derartig radikal gemeinschaftlich haben bisher einzelne Wohnprojekte ihre Mobilität organisiert – Grundprinzipien lassen sich jedoch auch auf ganze Dörfer oder Regionen übertragen.

Aus Rentabilitätsgründen haben sich Beförderungsunternehmen größtenteils aus der Fläche ländlicher Räume zurückgezogen. Bahnlinien sind eingestellt; Busse verkehren oft nur noch im Schülerverkehr. Für alle, die nicht auf einen PKW zurückgreifen können, und besonders für Menschen mit Kindern ohne eigenes Auto sind solche Räume kaum noch zu nutzen – und entsprechend wenig attraktiv. Aber selbst für Autobesitzer bedeuten die vielen Fahrten eine hohe Belastung: Zur Arbeit, zum Einkaufen, für Schule und Freizeitaktivitäten der Kinder müssen mit dem Wagen weite Strecken zurückgelegt werden. Die PKW-Fixierung hat dabei den Effekt, dass immer mehr Angebote aus dem Raum verschwinden und in wenigen „zentralen Orten“ konzentriert werden.

Die bereits vielerorts erprobte Alternative besteht darin, einen Gemeinschaftsverkehr *unterhalb der ÖPNV-Ebene* zu organisieren. Das können Mitnahmen bei ohnehin anstehenden Versorgungsfahrten sein, etwa der Post oder des Landhandels, aber auch ein weitgehend gemeinschaftliche organisiertes Ruf-Verkehrssystem mit Privatfahrzeugen oder Kleinbussen. Noch einen Schritt weiter ginge ein speziell konzipierter Mehrzweckbus, der sowohl Personen als auch Waren transportiert, und der *alle* notwendigen Versorgungsfahrten bündelt: die Belieferung von Apotheken ebenso wie die Verteilung von Paketen, die Mitnahme von Reisenden ebenso wie die Mitnahme von Lebensmittellieferungen zum Bürgerservice-Modul oder die von Kindern zur Schule. Organisiert werden müsste dieser neuartige Service (der gegebenenfalls auch neuartige Fahrzeuge benötigt) von einer kommunalen oder regionalen Mobilitätszentrale.

Ein solches Angebot ist effizient (Fahrten nur bei Bedarf), flexibel, umweltfreundlich und gemeinschaftsfördernd. Es wird aber bisher nicht angeboten, weil die deutschen Personenbeförderungsgesetze dagegen stehen. So darf etwa kein Dienst auf einer Strecke eingerichtet werden, die von einer bestehenden Linie bedient wird – so schlecht deren Service auch sei (Fahrzeiten einmal pro Tag oder nicht einmal alle Tage pro Woche).<sup>34</sup>

Gerade eine akzeptable Mobilität ist aber ein entscheidender Knotenpunkt für die Anziehungskraft von Regionen. Ein gemeinschaftliches Mobilitätssystem würde über die Kraft verfügen, das Gefühl von Gestrandetsein gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern vielmehr eine neue Art von Gemeinschaftsinn stiften.

Ein weitergehender, und entsprechend mit höherem synergetischen Potenzial versehener Vorschlag ist der gemeinschaftliche Verzicht auf den individuellen Besitz von Kraftfahrzeugen. Das mag für eine ländliche Region wie ein Widerspruch klingen. Sind aber die anderen Bereiche der Versorgung entsprechend organisiert (Bürger-Servicezentrum in jedem Dorf mit der Möglichkeit für gemeinschaftlich organisierten Mahlzeiten, mit Einkaufsmöglichkeit, Post, Filiale der kommunalen Mobilitätsorganisation, regionaler Lebensmittelmarkt, Gemüsebox et cetera), ist die Schule im Dorf und kann die Gemeinschaft ein gutes Konzept für Pendler vorlegen, so gibt es nur noch wenige Gründe für individuelle Mobilität. Gemeinsam mit einem Pool von „Stattautos“ zur leihweisen Nutzung lässt sich der normale Bedarf decken.

Interessant wird ein solches Konzept dann, wenn diese Mobilität nicht als kommerzielles Angebot organisiert wird, das die Bürger entweder wahrnehmen oder eben weiter mit ihrem Privatwagen fahren, sondern wenn sie ein gemeinschaftlich finanzierter Teil des Bürgerseins ist. Dann nämlich ist das Angebot schlicht „da“ – und den Privatwagen zu nutzen bedeutet eine finanzielle Extrabelastung.

Wie könnte eine solche Mobilitätsgarantie – neben ihrer Verbindung mit anderen neuen/alten Gemeinschaftsdienstleistungen – aussehen? Zunächst müsste ein guter Pendelverkehr mindestens bis zum nächsten großen Umsteigeknoten der überregionalen Bahn, oder aber auch direkt in eine Metropole organisiert sein. Sodann müsste das Bürgerbus-System wie oben beschrieben gut ausgebaut, flexibel, und Tag und Nacht nutzbar sein – gegebenenfalls ergänzt durch einige von der Gemeinschaft subventionierten Taxis.

#### Das wären die *win-win*-Effekte einer neuartig organisierten regionalen Mobilität:

- wiederhergestellte Erreichbarkeit ländlicher Regionen
- Kostenersparnis durch Zusammenlegung von Transporten
- Umweltfreundlichkeit durch weniger Fahrten
- Flexibilität und Unabhängigkeit von starren Fahrplänen
- Förderung von Gemeinschaft durch den Effekt des „rollenden Dorfs“

## Modernisierungsbereich Bildung

### „Kleine Schulen“

In den Jahren seit der Wiedervereinigung sind im Osten mehr als 2000 Schulen geschlossen worden – und dieser Konzentrations- und Konsolidierungsprozess dauert nach wie vor an. Zum Teil sind heute auch Grundschüler bei ihrem Weg in die Zentralschule schon mit Fahrtzeiten von bis zu zwei Stunden für den Hin- und Rückweg konfrontiert.

Schwindet die kleine Schule aus einem Ort, verliert er schlagartig an Interesse für junge Familien. Dieser Faktor ist gewiss der entscheidende Schlüssel für den Zu- oder Wegzug von Familien und auch von jungen Erwachsenen in dem Alter, in dem sie eine Familie gründen könnten. Regionen, die ihre Schulen schließen, folgen zwar voll guter Absicht der Notwendigkeit zu sparen – zugleich aber verstärken sie selbst den Sog, der ihre ländlichen Räume dräniert. Sie beschleunigen einen Teufelskreis: Je mehr Schulen aus der Peripherie verschwinden, desto mehr Familien mit Kindern gehen, und desto mehr Schulen müssen geschlossen werden.<sup>35</sup>

Es muss also darum gehen, kleine Schulen in den Orten zu halten. Das skandinavische Vorbild (siehe Kasten oben) zeigt, dass eine solche Politik auch mit im Schnitt besseren Leistungen einhergeht. Skandinavische Länder mit ihrer auf Gemeindeebene meist höheren administrativen und finanziellen Autonomie haben in einem höheren Maße als Ostdeutschland die Dorfschule bewahren können. Dieser Faktor ist auch bei uns



entscheidend – aber er ist anders als die vorangegangenen Modernisierungsbereiche, die aus sich selbst heraus eine Wirtschaftskraft entfalten können, in strukturschwachen Räumen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Der Staat sichert hier die ihn ermöglichende Kultur (siehe Diskussion in Teil 2).

Es geht also in diesem Modernisierungsbereich darum, wie staatliche Ausgaben am effizientesten eingesetzt werden können. Wichtig ist dabei ein Vorbehalt: Weiterführende Schulen sind mit einem konkurrenzfähigen Fächerangebot kaum auszustatten, wenn sie nicht über eine Mindestzahl an Schülern verfügen. So ist es möglicherweise sinnvoll, die Bildungspolitik hier entsprechend einer Altersgrenze unterschiedlich zu gestalten: Bis zu einer bestimmten Klassenstufe – höher als vier, vermutlich auch höher als sechs, eher Klassenstufe acht – sollte der Unterricht in einer kleinen Schule im Ort gewährleistet sein. Danach ist dies den Schülern freigestellt, ob sie weite Strecken fahren, ein Internat in einer Kreisstadt besuchen oder mit ihrer Familie umziehen wollen. Eine dermaßen veränderte Perspektive schüfe übrigens genau die Situation, die viele Pädagogen schon länger einfordern: Schüler sollten – wie in Finnland etwa – länger gemeinsam unterrichtet und erst später entsprechend ihrer Fähigkeiten auf die einzelnen Schulformen verteilt werden.<sup>36</sup> Auch das ist wieder ein Beispiel für das *win-win*-Potenzial vieler der hier vorgeschlagenen Lösungen.

Eine erste Möglichkeit, kleine Schulen zu halten, ist eine Erhöhung der standortbezogenen Autonomie, der Entscheidungsfreiheit des Gemeinwesens über Mittelverwendung. Viele Fragen wie: „Organisieren wir den Transport der Schüler in die Nachbargemeinde? Oder finanzieren wir die kleine Schule im eigenen Ort?“ können lokal entschieden werden. Oft ist es bei einer Schulschließung nicht einmal vorher berechnet worden, ob dieser Schritt – mit den dann notwendigen Schülertransporten – wirklich kostengünstiger ist als ein Aufrechterhalten des Unterrichts.<sup>37</sup> Außerdem sollten die Hürden gesenkt werden, die einer Gemeinschaft im Weg stehen, eine private Schule neben den bestehenden staatlichen Instituten zu gründen. Auch hier könnte wesentlich mehr Autonomie der Gebietskörperschaft beziehungsweise den lokalen Akteuren zugesprochen werden. Lösungen für lokale Probleme werden auf der lokalen Ebene gefunden – von der Verwaltungsinanz, die die erforderlichen Mittel administriert. Auch die in einer kleinen Schule nötigen pädagogischen Änderungen – kleine Klassen, jahrgangsübergreifender Unterricht – sind schon lange Gegenstand bildungspolitischer Reformvorschläge.

Eine weitere Möglichkeit, die „Schule im Dorf zu lassen“ und ihren Betrieb gleichwohl effizienter zu gestalten, könnte in mehr Mobilität bei den Lehrern liegen. Warum sollen Massen von Schülern in schweren Bussen über Land gekarrt werden, wenn wenige Lehrer viel leichter zu bewegen sind? Eine Zentralschule – der Kreis gedacht als Schule, die einzelnen Standorte als deren Filialen – könnte so ihre Lehrer in die kleinen Institute überall in den ländlichen Räumen entsenden. Zugleich könnte das eigentliche Schulgebäude dort jeweils zu einem Multifunktionshaus umgewandelt werden und noch mehr Gemeinschaftsdienste (Verpflegung, Betreuung) übernehmen (Bürger-Servicezentrum).

## Modernisierungsbereich Medizin/Gesundheit/Pflege

Regionale medizinische Versorgungszentren als Ankerpunkt für flächendeckende Gesundheitsdienste

Die Ziele dieses Modernisierungsbereiches bestehen darin, lokale Versorgungslücken zu schließen, Gesundheitsleistungen kostengünstig anzubieten, zu integrieren und zu optimieren. In vielen dünn besiedelten Regionen wird die Bevölkerung immer älter und die Menschen sind in Zukunft stärker auf eine funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen. Gleichzeitig fehlen in lokalen Arztpraxen Nachfolger, so dass sie geschlossen werden. Die Entfernung zum nächsten Arzt nimmt zu, während viele Patienten auf Grund ihres Alters an Mobilität einbüßen.

In Anknüpfung an die Tradition der Polikliniken der ehemaligen DDR gibt es in Deutschland bereits zahlreiche medizinische Versorgungszentren, die eine ambulante Behandlung ermöglichen. Die Vorteile solcher Zentren gegenüber Einzelpraxen liegen in einer fachübergreifenden, integrierten Versorgung, durch die Behandlungen optimiert und Kosten eingespart werden können. Konkret bedeutet das: Doppeluntersuchungen werden vermieden, die Zusammenarbeit zwischen behandelnden Ärzten wird erleichtert, Verwaltungsarbeit, Raum- und Laborkosten sowie teure medizinische Geräte können geteilt werden und für den behandelnden Arzt entfällt das finanzielle Risiko einer Praxisgründung.<sup>38</sup>



Das medizinische Zentrum Lübbenau in Brandenburg verknüpft diese Art der fachübergreifenden, integrierten Versorgung mit dem zurzeit in den neuen Bundesländern erprobten Modell einer mobilen Gemeindegeschwester.<sup>39</sup> Zu den Aufgabenbereichen einer mobilen Schwester gehören Prävention, Impfungen, Patientenüberwachung sowie einfache medizinische Behandlungen und Beratungen. Der Hausbesuch hat den Vorteil, dass der Patient sich in gewohnter Umgebung erholen kann, während gleichzeitig der behandelnde Arzt entlastet wird.

Um eine flächendeckende Versorgung zu garantieren, sollten neben der Gemeindegeschwester auch Möglichkeiten der Telemedizin stärker genutzt werden. In den dünn besiedelten Regionen Norwegens und Australiens spielt Telemedizin schon heute eine wichtige Rolle und wird fortlaufend weiterentwickelt.<sup>40</sup> In Deutschland könnte diese Art der Medizin folgendermaßen funktionieren: Eine entsprechend medizinisch geschulte Fachkraft oder eine Gemeindegeschwester sucht einen Patienten auf und übermittelt dessen Symptome mit Hilfe von modernen Kommunikationstechnologien an den behandelnden Arzt im regionalen medizinischen Versorgungszentrum. Dieser stellt die Diagnose und ordnet die Behandlung an.

Ein sinnvolles Instrument der Telemedizin wäre eine zentrale, elektronische Patientenakte, wie sie das Ärztenetz Südbrandenburg in einer gemeinsamen Computerplattform entwickelt hat.<sup>41</sup> Sie erleichtert die Kommunikation zwischen den Ärzten und stimmt verschiedene Behandlungen besser aufeinander ab. Zeitintensive Verwaltungsarbeiten entfallen. Ergänzend zu telemedizinischen Angeboten können für schwierige Fälle, in denen Patienten in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und das Versorgungszentrum nicht persönlich aufsuchen können, mobile Ärzteteams entsandt werden. Mobile Ärzteteams könnten außerdem Vor- und Nachsorgeuntersuchungen anbieten, so dass Patienten, die weit vom medizinischen Zentrum entfernt wohnen, nur im Krankheitsfall das medizinische Zentrum aufsuchen müssen.<sup>42</sup> Die logistische Schaltstelle für eine solche, teils mobile, teils telemedizinische flächendeckende Versorgung muss ein regionales, medizinisches Versorgungszentrum sein. Von dort werden Patientenbesuche und Behandlungen koordiniert. Innovative Versorgungsstrukturen wie diese schaffen Raum für neue Arbeitsplätze im Bereich der mobilen Versorgung, Softwareentwicklung, elektronischen Verwaltung und Organisation. Gleichzeitig wird die medizinische Versorgung in der Fläche auf kostengünstige und effiziente Weise aufrechterhalten.

Von der räumlichen Nähe zu einem medizinischen Versorgungszentrum können auch andere Gesundheitsdienstleister wie Apotheken, Gesundheits- und Ernährungsberatungsstellen und medizinische Ausbildungsstätten profitieren. In diesen Bereichen können ebenfalls neue Arbeitsplätze entstehen. Der optimale Standort eines regionalen medizinischen Versorgungszentrums wäre in räumlicher Nähe zu einem Seniorenwohnkomplex, wegen der dort lebenden, potenziell großen Patientengruppe.

**Folgende *win-win*-Situationen können sich aus einer solchen integrierten Gesundheitsversorgung ergeben:**

- neuartige unternehmerische Strukturen in der Gesundheitswirtschaft
- lokale Versorgungslücken können geschlossen werden
- zusätzliche Arbeitsplätze und Versorgungsangebote
- qualitative Verbesserung der Versorgung und Behandlungsabläufe
- effizientere Nutzung von medizinischen Geräten
- intersektorale, fachübergreifende Zusammenarbeit
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Ärzten verschiedener Fachrichtungen
- Optimierung der Verwaltungsarbeiten

## Fazit

Aus dem hier vorgestellten Politikvorschlag ergeben sich vielfache Synergien, die erwiesenermaßen eine neue regionale Wirtschaftsdynamik entfachen, eine regionale Identität wieder herstellen und mit den erwirtschafteten Gewinnen, über deren Investition die Kommunen oder Kreise selbst entscheiden, weitere Investitionen anstoßen können. Die beschriebenen Zukunftsinvestitionen und die von ihnen verfolgten systemischen Lösungen sind somit Modernisierungssignale, die auch auf andere Regionen abstrahlen werden. Ökonomischen Tiefenstrukturen verändern sich weniger durch Absichtserklärungen oder durch die strategische Planung eines neuen Kurses. Sie lassen sich kaum verordnen. Dieser mühsam gelernten Lektion trägt der vorliegende Vorschlag Rechnung. Er versucht nicht, die Gleichheit von Lebens- und Wirtschaftsbedingungen zu erzwingen, sondern akzeptiert die unterschiedlichen Geschwindigkeiten und die widersprüchlichen Facetten der Modernisierung hin zu einer Zukunftswirtschaft. Die skizzierte neue Politik für die ländlichen Räume setzt Maßstäbe allein durch die Effizienzgewinne aufgrund von Investitionen in neue Modernität.

## Umgang mit nicht förderbaren („verlorenen“) Räumen

„Verlorene Räume“ existieren nach der in diesem Politikvorschlag entwickelten Auffassung nicht *per se* – und auch nicht dadurch, dass die öffentliche Hand ihre finanziellen Mittel in bestimmte Gebiete weniger leitet als in andere. Verlorene Räume sind Regionen, in denen sich keine Innovatoren finden, die versuchen, *Zukunft zu schaffen*. Es hat sich aber in den letzten fast 20 Jahren Aufbau Ost – und vermehrt auch in strukturschwachen Gegenden des alten Westens – herausgestellt, dass sich Förderung kaum von oben nach unten organisieren lässt: Weder durch den Aufbau einer aufwändigen Infrastruktur noch durch ein aktivierendes Coaching, das von Beratern angeboten wird. Wenn die Menschen fehlen, die das Schicksal ihrer Heimat in die Hand nehmen, lässt sich auch durch hohen Mitteleinsatz kaum etwas ausrichten.

Derartige Gebiete werden daher die öffentliche Hand unter der bestehenden wirtschaftlichen Anreizsystemen immer deutlich mehr kosten als sie einbringen.<sup>43</sup> Hier die *Effizienz* zu erhöhen schließt einen Abbau der in diesem Politikvorschlag als *existenzielle Daseinsvorsorge* bezeichneten Leistungen über einen bestimmten Punkt hinaus aus. Zu solchen Leistungen gehören Notfallrettung innerhalb einer angemessenen Frist, gegebenenfalls per Hubschrauber, hausärztliche und krankenschwesterliche Versorgung, gegebenenfalls organisiert in MVZ, Erreichbarkeit der Ordnungskräfte in angemessener Frist,

professionelle und menschenwürdige pflegerische Versorgung von Hochbetagten und Behinderten sowie ein überall zugängliches und leistungsfähiges Telefon- und Internet-Breitbandnetz.<sup>44</sup> Existenzielle Daseinsvorsorge in dieser Weise aufrecht zu erhalten und sie nicht *stillschweigend bei gleichzeitigem öffentlichen Dementi weiter abzubauen oder auszuhöheln* kann eine ganz eigene Attraktivität in diesen Regionen schaffen, die von den heute oft als „Raumpionieren“ bezeichneten künstlerischen und sozialen Experimentatoren geschätzt wird. Über diese existentiellen Bereiche hinaus bedeutet für diese Regionen eine Förderung verlorenen Aufwand und sollte *nicht erfolgen*.

Gerade in solchen abgekoppelten Regionen ist es wichtig, entgegen der bisherigen Praxis der Öffentlichkeit klar zu sagen, dass die grundgesetzlich festgelegte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ nicht mehr gewährleistet werden kann. Das hilft einerseits, eine passive, abwartende Anspruchshaltung unter der Bevölkerung abzubauen. Zum anderen vermag ein solches Label geradezu Menschen anzuziehen, die Einsamkeit und Abgelegenheit suchen. In jedem Fall ist es auch hier für jede Art von Entwicklung nötig, *die Wirklichkeit zu kennen, sich ihr zu stellen und sich zu ihr zu bekennen*.

# 4. ANHANG

Tabelle 1: Ausgewählte Demografieprojekte der Länder inklusive Bewertung

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Bildung	Brandenburg	Perleberg	Offene Ganztagsschule am Gymnasium Perleberg	Freizeitangebote und Schule kombinieren, um Schülern weite Fahrwege zu ersparen	
Jugend	Brandenburg	Potsdam		Junge Männer bei Rollenfindung unterstützen, Werben für pädagogische Berufe	
Jugend	Brandenburg	Brandenburg an der Havel	Nachwuchsförderpool		
Familie	Brandenburg	Eisenhüttenstadt	Forum Familie		
Alte	Brandenburg	Eberswalde	Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte	Weiterqualifizierung	
Alte	Brandenburg	Finsterwalde	Qualifizierung zum Gesundheitsdienstleister	Umqualifizierung der Arbeitnehmer und Umbau zu altengerechten Wohnen	
Alte	Brandenburg	Havelland	Seniorenkompetenzzentrum	Freizeit und Weiterbildung	
Alte	Brandenburg	Finsterwalde	Fabrik für Ältere	Ältere arbeitslose Industrie-Fachkräfte anstellen	
Alte	Brandenburg	Potsdam-Mittelmark	Seniorenfreundlicher Landkreis	Partizipation	
Alte	Brandenburg	LK Oder-Spree	Vernetzung und Optimierung von Pflegeleistungen		
Alte	Brandenburg	Blankenfelde	Kultur im Wandel – Musik- & Kunstschule Regenbogen e.V.	Freizeitangebote für Seniorinnen entwickeln	
Alte	Brandenburg	Gramzow	Seniorenzentrum Lebensherbst	Verknüpfung von Betreuung, Pflege, Wohnen, Gemeinschaft, Beratung	
Wohnen	Brandenburg	Brandenburg	Lindenstraße 3-4 – Leben und Arbeiten in der Innenstadt	Mehrgenerationen-Wohnen, Gebäudesanierung	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Gottfried-Arnold-Gymnasium Perleberg		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	Mann e.V.		Schwache Wirkung	BPB
	FH Brandenburg			BPB
	Stadt Eisenhüttenstadt			BPB
	Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	Bildungsstätte der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft		Marginal positive Arbeitsmarteffekte	BPB
	Kompetenzzentrum Havelland		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz GmbH		Gegen Anreizsystem gerichtet	BPB
	Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e. V.		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	Landkreis Oder-Spree Dezernat IV			BPB
	Musik- und Kunstschule Regenbogen e.V.		Anreizlandschaft fraglich	BPB
	Lokale Aktionsgruppe UckerRegion e.V.		Finanzierung fraglich	BPB
	Braunschweig Architekten		Wiederbelebung Innenstadt, Zusammenleben Generationen	BPB

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Gesundheit	Brandenburg	LK Elbe-Elster/ Ober-spreewald-Lausitz	Ärztetz Südbrandenburg (ANSB)	Computerplattform: Einrichtung einer zentralen Patientenakte	
Gesundheit	Brandenburg	Lübbenau	Modellprojekt Gemeindeschwester	Medizinische Dienstleistungen zur Entlastung der Ärzte	
Transport	Brandenburg	Belzig	Bürgerbus Hoher Fläming	Alternative zu ÖPNV	
Sicherheit	Brandenburg	Land Bran- denburg	Internetwache der Polizei Brandenburg	Bürgerdienste der Polizei ortsunabhängig per Internet	
Ehrenamt	Brandenburg	Cottbus	Freiwilligenagentur Cottbus	Motivation, Vermittlung und Beratung künftiger Freiwilliger	
Alte/ Kinder	Brandenburg	Brandenburg a. D. Havel	Die intergenerative Gruppe Glücksmomente	Kombination Pflege und Betreuung	
Wohnen	Brandenburg	Nauen	Mehrgenerationenhaus der Begegnung	Kontaktforum für Bürger aller Altersgruppen	
Ehrenamt	Brandenburg	Potsdam	Alter engagiert sich für die Zukunft		
Wohnen	Brandenburg	Neuruppin	Mehrgenerationenhaus Krümelkiste		
Wirtschaft	Brandenburg	Cottbus	Mentorenprogramm der IHK Cottbus	Ausbildungsplatzbesetzung durch ehrenamtliche Mentoren	
Wirtschaft/ Familie	Brandenburg	Frankfurt Oder	Berufsausbildung junger Mütter	Teilzeitausbildungsplätze	
Wirtschaft/ Familie	Brandenburg	Lübben	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Auf Kinder zugeschnittene Sozialleistungen des Arbeitgebers (Kindergartenzuschuss, Zusatzurlaub etc.)	
Wirtschaft/ Familie	Brandenburg	Potsdam	Babies&Bosses	Familienfreundliche Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen	
Wirtschaft/ Bildung	Brandenburg	Potsdam	Kooperationsvereinbarung zwischen Rolls-Royce Deutschland und Humboldt-Gymnasium Potsdam	Berufsorientierung	
Wirtschaft/ Bildung	Brandenburg	Pritzwalk	Präsenzstelle Prignitz der FH Brandenburg	Lebenslanges Lernen	
Wirtschaft/ Beschäftigung	Brandenburg	Guben	Schule – Wirtschaft – Beschäftigung	Berufsorientierung in der Region	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Ärztetz Südbrandenburg		Effizientere Kommunikation	BPB
	Medizinisches Zentrum Lübbenau	Ernst-Moritz-Arndt-Uni Greifswald	Noch in Testphase	BPB
	Verein BürgerBus Hoher Fläming		Kostengünstige Alternative, da ehrenamtl. Fahrer	BPB
	Innenministerium Brandenburg		Transparente, kosten- und zeit-effiziente Bearbeitung	BPB
	Freiwilligenagentur Cottbus		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	AWO Sozial Service gemeinnützige GmbH Brandenburg		Effiziente Infrastrukturnutzung, generationsübergreifend	BPB
	Mehrgenerationenhaus „Haus der Begegnung“		Stärkung bürgerschaftlichen Engagements	BPB
	Akademie 2. Lebenshälfte		Ändert nichts an grundlegenden Strukturen	BPB
	Mehrgenerationenhaus Neuruppin Krümelkiste		Finanzierung? Nicht in holistische Lösungen eingebunden	BPB
	IHK Cottbus		Strategie Gegensteuern!	BPB
	Bbw Bildungszentrum		Wirkkraft fraglich	BPB
	Reha-Zentrum Lübben		Breitenwirkung fraglich	BPB
	Gesellschaft für Innovationsförderung und Beratung mbH		Anreize zum Mitmachen fraglich	BPB
	Humboldt-Gymnasium		Strategie Gegensteuern!	BPB
	FH Brandenburg		Lokale Unternehmen profitieren von Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter	BPB
	Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Guben		Strategie Gegensteuern!	BPB

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Wirtschaft/ Ausbildung	Brandenburg	Luckenwalde	Biotechnologisches Ausbildungs- zentrum Luckenwalde und Life Science	Ausbildung und Übernahme	
Wirtschaft	Brandenburg	Land Brandenburg	Tag des offenen Unternehmens	Einblicke in lokale Unternehmen, potenzielle Ausbildungsplätze	
Alte	Brandenburg	Milmersdorf	Haus Karolina	Seniorengerechtes Wohnen und Freizeitgestaltung	
Bildung	Brandenburg	Land Brandenburg	Studium lohnt!	Motivation von Schülern zum Studium	
Bürger	Brandenburg	Lunow	Begegnungszentrum Lunow e.V.	Freizeitangebote, Kontaktpunkt	
Verwaltung	Brandenburg	Land Brandenburg	Bürokratieabbau	Ermittlung von Bürokratiekosten	
Bildung	Brandenburg	Hohen Neuendorf	Konsultationskindertagesstätte Zauberstein	Betreuung und individuelle Förderung	
Bildung	Brandenburg	Schwedt	Kita Schnatterenten	Flexible Betreuungszeiten, individuelle Förderung	
Familie	Brandenburg	Potsdam	Familienpass	Freizeitgestaltung, Bildung	
Alte/ Bildung	Thüringen	Landesweit	Werterhalt	Weiterbildung älterer Mitarbeiter	
Alte/ Wirtschaft	Thüringen	Landesweit	Demografiefeste Personal- entwicklung	Weiterbildung, Sensibilisierung, De- mografie-/ Unternehmensberatung,	
Wirtschaft	Thüringen	Landesweit	Sicherung von Fach- und Führungs- kräften im Handwerk	Beratung	
Wirtschaft	Thüringen	Landesweit	Nachhaltige Alterspolitik im Betrieb	Sensibilisierung und Beratung	
Wirtschaft	Thüringen	Landesweit	Initiierung und Vorbereitung eines Zertifizierungssystems „Demografie- orientiertes Unternehmen“		
Wirtschaft/ Bildung	Thüringen	Landesweit	Altengerechte Berufliche Weiterbildung	Förderung der berufl. Bildung Älterer, altersgerechte Didaktik	
sektor- übergreifend	Sachsen	Ebersbach	Zukunftschancen im demografischen Wandel: Demografisches Handlungs- und Kommunikationskonzept für die Stadt Ebersbach	Konzept zum Umgang mit demogra- fischen Wandel entwickeln	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	BiAW		Innovativ, neue Branche, Standort wird attraktiver, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Region	BPB
	Staatskanzlei Brandenburg		Strategie: Gegensteuern!	BPB
	Privat		Auch Nachbarn profitieren vom Angebot	Marktplatz
	Hochschulen des Landes Brandenburg	ESF, Wirtschaftsministerium Brandenburg	Apellcharakter	Marktplatz
	Begegnungszentrum Lunow e.V.		generationsübergreifend	Marktplatz
	Staatskanzlei		Schneller, einfacher, kostengünstiger	Regierungs- website
	AWO Konsultations-Kita		Grundprobleme: Kitakräfte und Bildungssystem im Vorschulalter fraglich	BPB
	Kita Schnatterenten		Gut, aber Breitenwirkung fraglich	BPB
	TMB Tourismus Marketing Brandenburg GmbH		Schwache Wirkung	BPB
	Eichbaum GmbH	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Breitenwirkung fraglich	Th. Netzwerke Demografie
	Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V.	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Abstimmung mit wirtschaftlicher Entwicklung fraglich	Th. Netzwerke Demografie
	Handwerkskammer Erfurt	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Breitenwirkung fraglich	Th. Netzwerke Demografie
	START e.V.	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Abstimmung mit wirtschaftlicher Entwicklung fraglich	Th. Netzwerke Demografie
	Tibor EDV-Consulting GmbH Thüringen	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Anreiz für freie Wirtschaft fraglich	Th. Netzwerke Demografie
	Universität Erfurt	Thüringer Ministerium für Wirtschaft	Apellcharakter	Th. Netzwerke Demografie
	Stadt Ebersbach	Sächsische Staatskanzlei	Innovativ: Bürgergutachten (Bürger sollen Vorschläge einbringen). Aber: Keine Verpflichtung der Teilnehmer, Spiel	Web



Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
sektor- übergreifend	Sachsen	Bad Muskau	Bürgerwerkstatt Bad Muskau	Netzwerkarbeit, Strategien und Konzepte	
Stadt- entwicklung	Sachsen	Weißwasser	Re-Urbanisierung der Weißwasseraner Innenstadt	Projekte zur Stadtnutzung, Innen- stadtbelebung werden entwickelt	
	Sachsen	Bad Muskau	Service für alle	Netzwerkarbeit, Analysen, Bewusst- seins-/ Öffentlichkeitsarbeit	
Sektor- übergreifend	Sachsen	Bautzen- Görlitz-Hoy- erswerda	Zukunftschancen im Städtenetzwerk Bautzen, Görlitz-Hoyerswerda	Umbau bestehender Strukturen, Netzwerkarbeit, Entwicklung von Projekten zu verschiedenen Themen	
Sektor- übergreifend	Sachsen	Lausitz	Bürgerschaftliches Engagement	Netzwerkarbeit, Strategien, Projektentwicklung/-betreuung	
Sektor- übergreifend	Sachsen	Zittau/ Görlitz, Ober- lausitz	Akteursnetzwerk Demografie Oberlausitz –Hochschule Zittau/ Görlitz	Vernetzung von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, kommunalen und freien Akteuren, Strategien, Konzepte	
Sektor- übergreifend	Sachsen	Lk Bautzen	Konzeption für den Aufbau effektiver Arbeitsstrukturen	Schaffung von Netzwerken und Koordinierungsstellen	
Alte	Sachsen	Hoyerswerda	Ehrenamtlicher Besucherdienst		
Sektor- übergreifend	Sachsen	Langenweiß- bach	Fachübergreifende Strategiekonzept		
Sektor- übergreifend	Sachsen	Frankenberg	Bewältigung der Folgen des dem. Wandels und ihre Umsetzung durch Netzwerkarbeit	Netzwerkarbeit, Bildung/ Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Strategieentwicklung	
Bürgerbegrüßung	Sachsen	Glauchau	Kinder- bis Senioren-Kontakt-Punkt Glauchau	Partizipation, Freizeit, soziale Kontakte	
Alte	Sachsen	Leisnig	Erhöhung Lebensqualität älterer Menschen	Informationen zu sozialen Angeboten für Ältere	
sektor- übergreifend	Sachsen	Zschopau	Generationsübergreifende Kommunikation	Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern, Vereinen, Unternehmen etc.	
Sektor- übergreifend	Sachsen	Ländl. Raum Ostelbien	Ostelbische Demografie- Konferenz- Zukunftsdialog für die Region Ostelbien	Regelmäßige Demografieveranstal- tungen, Netzwerkarbeit, Öffentlich- keitsarbeit, Mobilisierung der Bürger	
sektor- übergreifend	Sachsen	Städte Geithain- Kohren-Sahls- Rochlitz. Wechselburg	Demografie- und Innovationspart- nerschaften der Städte Geithain- Kohren-Sahls-Rochlitz. Wechselburg	Entwicklung von Zukunftskonzepten durch Bürgergutachten	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	VSBI	Stadt Muskau Sächsische Staatskanzlei	Generationsübergreifend, eigeninitiativ	Web
	Stadtverwaltung Weißwasser	Sächsische Staatskanzlei	Verbindlichkeit fraglich	Web
	VSBI e.V.	Stadt Muskau Sächsische Staatskanzlei	Verbindlichkeit fraglich	Web
	Oberzentraler Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda; Stadt Bautzen	Sächsische Staatskanzlei	Noch keine Ergebnisse	Web
	Krabat e.V.	Sächsische Staatskanzlei	Noch keine Ergebnisse	Web
	Hochschule Zittau-Görlitz	Sächsische Staatskanzlei	Breitenwirkung fraglich	Web
	Sächsisches Landeskuratorium	Sächsische Staatskanzlei	vage	Web
	Kirchenkreis Hoyerswerda	Sächsische Staatskanzlei	Zu schwach	Web
	Gemeindeverwaltung	Sächsische Staatskanzlei	vage	Web
	Gemeinschaftswerk Frankenberg	Sächsische Staatskanzlei	vage	Web
	Stadtverwaltung	Sächsische Staatskanzlei	Breitenwirkung fraglich	Web
	Stadt Leisnig	Sächsische Staatskanzlei	vage	Web
	Stadtverwaltung	Sächsische Staatskanzlei	vage	Web
	Verein zur Bewahrung und Förderung des ländlichen Raumes Ostelbien e.V.	Sächsische Staatskanzlei	unkonkret	Web
	Stadt Geithain	Sächsische Staatskanzlei	Innovativ: Bürgergutachten (Bürger sollen Vorschläge einbringen). Aber: Keine Verpflichtung der Teilnehmer, Spiel	Web

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Wohnen	Sachsen-Anhalt	Gemeinde Helbra	Das Servicehaus	Generationsübergreifendes Wohnen	
Wohnen	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Förderung des Mehrgenerationen-wohnens	Generationsübergreifendes Wohnen	
Bürgerzentrum	Sachsen-Anhalt	Sondershausen	Bürgerzentrum Cruciskirche	Partizipation	
Bildung/ Wirtschaft/ Jugend	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Produktionsschule zur Förderung benachteiligter Jugendlicher		
Wirtschaft/ Jugend	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Jugendinnovationszentrum		
Wirtschaft/ Jugend/ Bildung	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Übergangsmanagement Schule – Beruf		
Wirtschaft/ Bildung	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Beschäftigung und Qualifizierung		
Soziales	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Ehrenamtliche Pflegeangebote		
Alte	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Integration Älterer in kommunales Alltagsleben	Partizipation	
Wirtschaft	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Regionalmarketing und Imagepflege der Modellregion		
Wirtschaft	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Ausbau der Vertriebswege für regionale Biolebensmittel und Produkte der Region		
Tourismus	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Strategien für die Tourismuswirtschaft		
Versorgung	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Masterplan Daseinsversorgung		
Verkehr	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Länderübergreifende Mobilitätszentrale		
Verkehr	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Erprobung des Handbuches zur Planung flexibler ÖPNV-Bedienformen		
Verkehr	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Untersuchung des Straßenverkehrsnetzes		
Kultur	Sachsen-Anhalt	Kyffhäuser-kreis	Kulturelle Identität		

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	S-K Modellregion		Finanzierung fraglich; keine Einbettung in holistische Lösungen	S-K M
	S-K Modellregion		Finanzierung fraglich; keine Einbettung in holistische Lösungen	S-K M
	S-K Modellregion, Förderverein Cruciskirche		vage	S-K M
	S-K Modellregion		Wenig Breitenwirkung	S-K M
	Verein für Beschäftigung und Soziales, S-K Modellregion		Einbindung fraglich	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Apellcharakter	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Übriges Anreizsystem fraglich	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Übriges Anreizsystem fraglich	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Übriges Anreizsystem fraglich	S-K M
	MORO, S-K Modellregion		Gut, aber kein systemischer Ansatz	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Gut, aber kein systemischer Ansatz	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		vage	S-K M
	MORO, S-K Modellregion		Zu sehr top-down	S-K M
	FOPS, S-K Modellregion		Zu bürokratisch	S-K M
	Aufbau Ost, S-K Modellregion		Keine Chance bei bestehendem falschen gesetzlichem Hintergrund (§ 42 PersBefG)	S-K M
	S-K Modellregion		Überflüssig, da Probleme bekannt	S-K M
	Aufbau Ost, Kyffhäuserkreis		Vage und zu punktuell	S-K M

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Einzelhandel	NRW	Dortmund	Marketing im Handel für Generation 50+	Beratung, Werbung	
Einzelhandel	Bayern	München (Zentrale, aber auch ein Projekt in Chemnitz)	Edeka 50Plus und Neukauf50Plus	Konzept für Lebensmittelläden nach Bedürfnissen älterer Kunden	
Einzelhandel	Deutschland	Deutschland- weit	MetroGroup	Anpassung an ältere Kunden/ Umgang mit älteren Mitarbeitern	
Einzelhandel	Rheinlandpfalz	Koblenz	E-Center Kreuzberg	Orientierung der Personalstruktur an der Altersstruktur in Deutschland	
Einzelhandel	B-W	Karlsruhe	Seniorenfreundlicher Service	Zertifikat für Dienstleistungs-/ Einzelhandelsunternehmen	
Dienstleistung	Niedersachsen	Oldenburg	Verschiedene Projekte	Personalentwicklung, altersgerechte Produkte, altergerechter Zugang zur Sparkasse	
Wohnen	NRW	Dortmund	Generationen Center Dortmund	Servicecenter Informationsangebot über Wohnen im Alter	
Alte	Berlin	Berlin	Pflegedienst Deta-med	Kulturspezifischer, bilingualer Pflegedienst	
Alte	Niedersachsen	Oldenburg	MICOS	Software für Ältere	
Kinder	Hamburg	Hamburg	Kids&Company	Flexible Kita für Selbstständige (Bonussystem – Mitarbeit gegen Betreuungszeit)	
Dienstleistung	Schleswig Hol- stein	Kiel	Alltagsengel Kiel	Haushaltsnahe Dienstleistungen für Singles, Familien, Senioren	
Tourismus	NRW	Teutoburger Wald	Teuto Wellness 50 plus	Wellnessdienstleistungen für Senioren	
Wirtschaft			Innovationswettbewerb der Samtgemeinde Artland	Innovationsfähigkeit und Zukunfts- fähigkeit als Wirtschaftsstandort	
Wirtschaft/ Bildung	Bayern	Nürnberg	Handel trifft Schule	Kontakte zwischen Wirtschaft und Schule, Ausbildung	
Wirtschaft	Deutschland- weit	Deutschland- weit	IHK Demografie Rechner	Hilfestellung für Personalpolitik	
Wissenschaft	Sachsen-Anhalt	Land	Studie „Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen- Anhalt“	Öffentlichkeit, Diskussion, Politik	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	IHK Dortmund		vage	IHK BP
	IHK München		Ähnliches Projekt IHK Wiesbaden	IHK BP
	Deutscher IHK-Tag		Apellcharakter	IHK BP
	IHK Koblenz		Nicht ökonomisch verankert	IHK BP
	IHK Karlsruhe		Apellcharakter	IHK BP
	Landessparkasse zu Oldenburg		Kein systemischer Ansatz	IHK BP
	IHK Dortmund		vage	IHK BP
	Deutscher IHK Tag		Top-down	IHK BP
	Oldenburgische IHK			IHK BP
			Gut, Position im Vorschulsystem fraglich	IHK BP
			Gut, aber holistische Vernetzung und Kosten fraglich	IHK BP
	Arbeitsgemeinschaft TeutoWellness 50plus		Keine Stellwirkung	IHK BP
	Wirtschaftsagentur Artland GmbH		Alte Konzepte	IHK BP
	IHK Nürnberg		punktuell	IHK BP
	IHK Osnabrück-Emsland		innovativ	IHK BP
	MLV, MLU	ESF, Bundesregierung	Aufmerksamkeit geschürt	Web

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
sektorübergreifend	Sachsen-Anhalt	Land	Ländliche Lebensmodelle junger Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt	Sieben Modellregionen zur Attraktivitätssteigerung von Kommunen für junge Familien	
	Sachsen-Anhalt	Land	Landjugend	Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben durch Jugendgruppen	
ÖPNV	Sachsen-Anhalt	Bitterfeld	Anrufbus		
Ehrenamt	Sachsen-Anhalt	Halle und Region	Freiwilligenagentur	Vermittlung ehrenamtlicher Tätigkeiten	
Ehrenamt	Sachsen-Anhalt		Engagementlotsen	Netzwerkarbeit	
Wirtschaft	Sachsen-Anhalt	Land	Generationswechselmanagement in Sachsen-Anhalt	Studie und Abschlusskonferenz	
Sektor-übergreifend	Sachsen-Anhalt	Land	Demografie TÜV, Machbarkeitsstudie	Studie zur Umsetzung	
ÖPNV	Sachsen-Anhalt	Land	Umsetzung des ÖPNV-Planes		
Wohnen	Sachsen-Anhalt	Land	Wohneigentumsprogramm	Angebot von Baulücken und Brachland als verbilligtes Bauland	
Bildung	Sachsen-Anhalt	Land	Hochschulbau	Neubau und Sanierung um Attraktivität der Universitäten zu erhöhen	



	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	MLV, MLU	Nexus Institut, Landesgesellschaft S-A, Hochschule Magdeburg	Gegenstrategie! Ziel: Abwanderung vermeiden! Es wurde ein Leitfaden für die Entwicklung familienfreundlicher Kommunen entwickelt. Vorgeschlagen werden typische Maßnahmen der Gegenstrategie: Kooperation zwischen Unternehmen und Schulen, flexible Kinderbetreuung, Freizeitangebote, Erreichbarkeit von Schulen et cetera	<a href="http://www.proandleben.de">http://www.proandleben.de</a>
	Lokale Organisation in verschiedenen Gemeinden		Ziel: Heimatverbundenheit, Abwanderung meiden	<a href="http://www.proandleben.de">http://www.proandleben.de</a>
			Alternative zu ÖPNV: flexibel und kosteneffizienter Aber: Realisierbarkeit im Rahmen bestehender Strukturen (s.o.) fraglich	<a href="http://www.proandleben.de/web/pdf/08-11-11_Leitfaden_Familien.pdf">http://www.proandleben.de/web/pdf/08-11-11_Leitfaden_Familien.pdf</a>
	Freiwilligenagentur		Gut, aber holistische Einbettung fehlt	<a href="http://www.freiwilligenagentur.de">www.freiwilligenagentur.de</a>
			Holistische Einbettung fraglich	Vorschlag in <a href="http://www.proandleben.de/web/pdf/08-11-11_Leitfaden_Familien.pdf">http://www.proandleben.de/web/pdf/08-11-11_Leitfaden_Familien.pdf</a>
	MLV, MW	Nexus Institut	Verpflichtung auf Lösung fehlt	Web
	Land S-A	EU	Gut, aber systemische Verbindung zu anderen Bereichen, insbesondere Nachhaltigkeit fraglich	Web
	Min für Bau und Verkehr		ÖPNV wurde wegen demografischer Entw. überdacht und soll verändert werden.	Web
	Land S-A		Wachstumspolitik überprüfen	Web
	Land S-A		Fehlpolitik (viele Universitäten werden schließen müssen wg. Studierendenzahlen)	

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Gesundheit	Sachsen-Anhalt	Land	Transage	Telemedizinisches Servicezentren, Home Monitoring, Alterskrankheiten	
Familie	Sachsen-Anhalt	Land	Kinder- Elternzentren	Ausbau Betreuungs-, Beratungs- infrastruktur	
Wirtschaft/ Familie	Sachsen-Anhalt	Land	Beruf und Familie	Grundzertifikat Familienfreundlichkeit (Kriterien: Arbeitszeit, -ort, -organisation, Service et cetera)	
Familie	Sachsen-Anhalt	Land	„Kinder- und familienfreundliche Gemeinde in Sachsen- Anhalt“	Wettbewerb	
Familie	Sachsen-Anhalt	Land	Familienpass	Freizeit	
Energie- versorgung	Brandenburg	Lausitz- Spreewald		Alternative Energie	
sektor- übergreifend	Sachsen-Anhalt	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Region schafft Zukunft	Modellregion Anpassung, Dorfumbau	
sektor- übergreifend	Sachsen-Anhalt	Ummendorf	sektorübergreifend	Ansiedlungspolitik, günstige Verkehrslage, kulturelles Angebot, Dienstleistungsangebot und weitere Pull-Faktoren	
Versorgung	Sachsen-Anhalt	Balgstädt	Dezentralisierung der Trinkwasser- versorgung (kostengünstiger Pull-Faktor für junge Familien)		
Politik/ Verwal- tung	Deutschland- weit	Deutschland- weit	Demografie-Workshops für Führungskräfte in Kommunen		
	Baden- Württemberg	Amtzell	Netzwerk der Generationen	Intergenerationelles Netzwerk unter Beteiligung sozialer Institutionen wie Altenheim und Kindergarten; Stärkung Ehrenamt, Regionale Verbundenheit	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Gesundheitsministerium S-A, Bundesmin. für Bildung, Forschung	AOK	Vernetzung verbessern	Telefonisch, Frau Zembrodt
	Gesundheits- und Sozialministerium S-A		Breitenwirkung fraglich	Telefonisch, Frau Zembrodt
	Gesundheits- und Sozialmin. S-A	Hertie Stiftung	Symbolpolitik	<a href="http://www.familienfreundliches-sachsen-anhalt.de/index.php?id=104123000069">http://www.familienfreundliches-sachsen-anhalt.de/index.php?id=104123000069</a>
	Land S-A		Symbolpolitik (bestehende Strukturen!)	<a href="http://www.familienfreundliches-sachsen-anhalt.de">http://www.familienfreundliches-sachsen-anhalt.de</a>
	Land S-A		Wenig Wirkung	<a href="http://www.familienpass-sachsen-anhalt.de/">http://www.familienpass-sachsen-anhalt.de/</a>
	BMVBS		Gut, auf Vernetzung achten	Website BMBVBS
	BMVBS		Ziele, Vernetzung fraglich	Website BMBVBS
	Gemeinde Ummendorf		Sehr engagiert mit Erfolg in verschiedenen Sektoren, Erfolgsrezept ist laut Bürgermeister die starke Heimatverbundenheit, die auf die hohe Lebensqualität vor Ort zurückzuführen ist	Telefonat mit Bürgermeister Falke
	Gemeinde Balgstädt		Win-win: seit 1994 Trinkwasserpreise nicht erhöht	Telefonat mit Bürgermeister Krause
	Bertelsmann Stiftung		Wirkung überprüfen	Bertelsmann
	Gemeinde Amtzell		Gut, aber holistische Lösung verpflichtend machen, nicht bloß symbolisch	Vgl. Bertelsmann-Stiftung (B-S)

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Alte/ Ehrenamt	NRW	Arnsberg	„Zukunft Alter“	Sicherstellung der Qualifizierung und Weiterbildung älterer Menschen für Ehrenamt	
Alte	NRW	Hilden	Trägerübergreifende Netzwerkarbeit	Altentagesstätten, Nachbarschaftszentren, stadtteilübergreifende Vernetzung	
Alte	Baden-Württemberg	Offenburg	Konzeption Seniorenbüro	Altenhilfeplanung, Begegnungsstätte, Ehrenamt, Freizeit, Kultur, Bildung	
Alte	NRW	Schwerte	Gemeinsames Wohnen im Beginenhof	Generationsübergreifendes Wohnen in Ökosiedlung, insbesondere allein stehende ältere Frauen und Alleinerziehende	
Alte	Wipperfürth	NRW	„Miteinander leben und wohnen“	Mehrgenerationenwohnkomplex	
Rückbau	Herten	NRW	Rückbau von Kindergartengruppen	Beratung und Organisation	
Sektorübergreifend	Kiel	Schleswig-Holstein	Initiative Zukunftsdialog	Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung und Vernetzung, familienfreundliche Stadt	
Planung/ Verwaltung	Dortmund	NRW	Die neue Planungskultur	Mehr Bürgerbeteiligung, neue Planung	
Ehrenamt/sektorübergreifend	Havelland	Brandenburg	Kompetenzzentrum Havelland	Förderung der Selbstorganisation von Projektarbeit, Ausbau Ehrenamt	
Ehrenamt	Osnabrück	Niedersachsen	BÜRGERaktiv	Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt: Koordination, Vernetzung und Beratung; Ehrenamtslotsen,	
Ehrenamt	Osnabrück	Niedersachsen	ASLO (Aktive Selbsthilfe in Stadt und Landkreis Osnabrück)	Lobbyarbeit, Dachverband verschiedener Selbsthilfegruppen	
Ehrenamt	Osnabrück	Niedersachsen	Rückenwind für Bürgerengagement	Lobbyarbeit zur Anerkennung des Ehrenamts	
Ehrenamt	Osnabrück	Niedersachsen	Freiwilliges Soziales Jahr für Ältere	Verpflichtung von Berufsaussteigern zu ehrenamtlichem Engagement	
Politik/ Verwaltung	Langen	Niedersachsen	„Den demografischen Wandel als Herausforderung für kommunales Handeln annehmen“	Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung, Handlungsempfehlungen	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Gemeinde Arnsberg	LM NRW	Wenig Wirkung	B-S
	Stadt Hilden und Partner		Wenig Wirkung	B-S
	Stadt Offenburg	BMFSSFJ	Zentrale Anlaufstelle, generationsübergreifende Arbeit, Integration Älterer	B-S
	Förderverein Schwerter Beginenhof e.V.		Leuchtturmprojekt. Finanzierung? Holistische Vernetzung suchen	B-S
			Community Building, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt	B-S
	Stadt Herten und Kindergärten		Einsparungen fließen in Bildung und in Betreuung unter Dreijähriger	B-S
	Stadt Kiel		vage	B-S
			Mehr Grünflächen, Familien- und Seniorenbüros, mehr Bürgernähe	B-S
	Kompetenzzentrum Havelland		Aufbau selbsttragender Projekte	B-S
	Stadt Osnabrück	Niedersächsisches Sozialministerium	Breitenwirkung fraglich	B-S
	ASLO		vage	B-S
	Rückenwind für Bürgerengagement e.V.		Verhinderungsmacht bestehender Strukturen beachten	B-S
	Rückenwind für Bürgerengagement e.V.	Niedersächsisches Sozialministerium	Gut, aber punktuell, Echo fraglich	B-S
	Stadt Langen, Demografiebeauftragter		Absichtsbekundung	B-S

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Gegensteuern	Cuxhaven	Niedersachsen	Demographische Entwicklung annehmen: Ganzheitlich denken – strategisch agieren	Sensibilisierung, Erarbeitung eines Gesamtkonzepts um Status quo zu erhalten, Familien-, Wirtschafts-freundlichkeit	
	LK Dithmarschen	Schleswig-Holstein	Kreis Dithmarschen im Demographischen Wandel	Sensibilisierung und Trendumkehr - Handlungskonzepte	
sektor-übergreifend	Osnabrück	Niedersachsen	Demographischer Wandel als zentrale Herausforderung	Analyse, Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseins-schaffung, Kommunikation, Netzwerksarbeit, Durchführung von Modellprojekten, Monitoring, Handlungskonzept	
sektor-übergreifend	Trier	Rheinland-Pfalz	Zukunft Trier 2020	Ausbau und Erhaltung der Standortattraktivität	
Wohnen	Hannover	Niedersachsen	Hannover heißt Zuhause	Attraktivitätssteigerung des Wohnstandorts	
Wirtschaft	Hoyerswerda	Sachsen	Jugend hat Vision	Standortattraktivität	
Wirtschaft	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	Wandern und Wiederkommen	„Kontaktbörse für Abwandernde zur Heimat“, Rückkehrförderung von Fachkräften	
Sektor-übergreifend	Pulow	Mecklenburg Vorpommern		Schaffung positiver Identität, Arbeitsplätze, Standortattraktivität	
Soziales/Alte	LK Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	Netzwerk ambulanter sozialer Dienste	Koordination Versorgung, abgestimmte Angebotsentwicklung, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit	
Wirtschaft/Verwaltung/Verkehr	LK Rendsburg	Schleswig-Holstein	Gemeinsames Flächenmanagement	Zusammenarbeit zwischen Kommunen: Strukturfonds, Regionalkonferenz als oberstes Gremium, gemeinsame Flächen-/ Wirtschaftsplanung, gemeinsame Einzelprojekte	
Sektor-übergreifend	Schwalm-Eder-Kreis	Hessen	Interkommunaler Schulterschluss gegen den Bevölkerungsschwund	Zusammenschluss um Attraktivität der Region zu steigern	
Kinder und Familie/Wirtschaft	Bielefeld	NRW	Minimax	Familienfreundliche Unternehmen, Ermöglichung von Kinderbetreuung unter schwierigen Bedingungen	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Stadt Cuxhaven		Alte Denkmuster	B-S
			vage	B-S
	Stadt Osnabrück		Fraglich, ob sich das im Umbau der Strukturen widerspiegelt	B-S
	Stadt Trier		Absichtserklärung	B-S
	Stadt Hannover		Absichtserklärung	B-S
	Stadt Hoyerswerda		Apellcharakter	B-S
	Zukunft4u		Ignoriert grundlegende Anreizsysteme	B-S
			Ignoriert grundlegende Anreizsysteme	B-S
	Arbeits- und Ausbildungsförderverein PM e.V.		Durch die trägerübergreifende Zusammenarbeit konnten für bisherige Defizite neue Angebote entwickelt werden, z. B. Familienentlastender Dienst, Pflegeergänzender Begleitedienst et cetera	B-S
	Geschäftsführende Gemeinde Fockbek		Gut, aber fraglich, wie holistisch und mit welchem bürokratischen Aufwand	B-S
	Zweckverband Schwalm-Eder-West/Stadt Borken		vage	B-S
	Von Laer Stiftung		vage	B-S

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Kinder und Familie/ Wohnen	Halle	S-A	Treffpunkt Lutherplatz	Familienzentrum, attraktives Wohnen	
Kinder und Familie	Langen	Hessen	Der Elternservice	Ausbau/Verbesserung Kinderbetreuung	
Kinder und Familie	Region Heilbronn-Franken	Baden-Württemberg	Modellvorhaben Kinderfreundliche Region	Qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung, Teilzeitausbildung, Berufsrückkehrförderung, Modell-kindergärten etc.	
Alte/Wohnen	Bielefeld	NRW	Selbstbestimmtes Wohnen im Alter	Versorgungssicherheit, Beratung, Servicestützpunkt (24h)	
Alte/Wohnen	Braunschweig	Niedersachsen	Betreute Wohngruppen	Wohngemeinschaften für Senioren, die sich gegenseitig unterstützen, Pflegemöglichkeit, Hilfen durch Hauskraft, Sozialpädagoge	
Alte/Wohnen	Bremen	Bremen	Haus im Viertel	Nachbarschaftsstärkung, Barrierefreies Wohnen, Serviceangebote, Vernetzung vorhandener Angebote	
Wohnen/Alte	Darmstadt	Hessen	Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG	Mehrgenerationenwohnen, Integration von Migranten	
Alte	Eching	Bayern	Alten Service Zentrum	Beratung, Koordination, betreutes Wohnen, Pflege, Mobile Soziale Dienste, Veranstaltungen, Begegnungsstätte et cetera	
Wohnen	Hamburg	Hamburg	Bärenhof	Neubau unter Berücksichtigung Demenzkranker, alten- und familiengerechte Wohnungen, Bürgerbeteiligung	
Alte	LK Diepholz	Niedersachsen	Kümmern statt Kummer – Alter hat Zukunft	Ideenwettbewerbe, Ehrenamt Älterer, Pflegekonferenz, Initiativen „Senioren helfen Senioren“, „Tagesbetreuung“, Blaues Telefon für Senioren“, „Nachbarschaftshilfe“ et cetera	
Wohnen	Ravensburg	Baden-Württemberg	Lebensräume für Jung und Alt	Barrierefreies Wohnen, Servicezentrum, generationsübergreifendes Wohnen, Nachbarschaftshilfe, Hilfemix aus Selbst-, ehrenamtlicher und professioneller Hilfe	



	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
			Breitenwirkung fraglich	B-S
			Gut, aber: holistische Lösung fraglich	B-S
	Regionalverband Heilbronn-Franken		Holistische Lösung fraglich	B-S
	BWG, Stadt Bielefeld		Finanzierung durch Mieteinnahmen, nur in Anspruch genommenen Leistungen werden bezahlt, freie Anbieterwahl	B-S
	Stadt Braunschweig, ambet e.V.		Günstiger als Heimplätze	B-S
	Bremer Heimstiftung „Haus im Viertel“		Heimaufenthalte werden vermieden. Systemische Einbettung fraglich	B-S
	Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG		Finanzierung fraglich, holistische Einbettung fraglich	B-S
	Alten Service Zentrum Eching		Innovation fraglich	B-S
			Finanzierung fraglich, systemische Einbettung fraglich	B-S
	Diepholz		Apellcharakter	B-S
	St. Anna Hilfe GmbH		Sozialfonds zur Finanzierung Gemeinwesenarbeit, Prävention und Kostenersparnis, innovativ. Aber: Finanzierung fraglich, holistische Lösungen fraglich	B-S

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Alte/ Partizipation/ Planung	LK Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	Hier möchte ich alt werden	Partizipation an Planungsprozessen, Ehrenamt, Seniorenbeirat, Seniorentainer	
Bildung	Gelsenkirchen	NRW	Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck	Alternative, fortschrittliche Ganztagsschulform	
Kinder	Leipzig	Sachsen	Kinder planen ihre Stadt	Vernetzung, Partizipation von Kindern, Heimatverbundenheit	
Wirtschaft/ Bildung	Ulm	Baden-Württemberg	Jung + Alt = Zukunft zusammen e.V. JAZz	Förderung des Berufseinstiegs, ehrenamtliche Unterstützung durch Senioren	
Stadtentwicklung/ sektorübergreifend	Dresden	Sachsen	Wachsen und Schrumpfen	Attraktivitätssteigerung, Hochschul- und Wirtschaftsförderung, Stadtbild et cetera	
Stadtentwicklung	Frankfurt Oder	Brandenburg	Chancen des Leerstandes	Attraktivitätssteigerung, Wohnaufwertung, Stadtumbau	
Stadtentwicklung	Hoyerswerda	Sachsen	Stadtumbau von außen nach innen	Stadtumbau, Attraktivitätssteigerung	
Stadtentwicklung	Leipzig	Sachsen	Förderung von Zwischennutzungen für Brachen und Baulücken	Verbesserung des Wohnumfelds durch mehr Grün und weniger Dichte, sinnvolle öffentliche Nutzung von Brachflächen	
Stadtentwicklung	Leipzig	Sachsen	Integrierte Stadtentwicklungsplanung	Anpassung Wohnungsmarkt, Stadterhalt	
Naturschutz	Linden	Schleswig-Holstein	Zeroemission	Pflanzung von Bäumen für CO <sub>2</sub> -Ausstoß	
Wirtschaft/ Bildung	Brandenburg	LK Barnim/ Stadt Eberswalde	Praktikumsatlas	Internetbörse für Praktika und Ausbildungsplätze, Informationen und Berufsorientierung in der Heimat	
Bildung/ Wirtschaft	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Projektschmiede erste Schwelle	Unterstützung junger Menschen eine Lehre in der Heimat zu finden	
Familie	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	RESPEKT für Kinder und Jugendliche		
Familie/ Beruf	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Arbeitszeitmodelle in der beruflichen Erstausbildung	Ermöglichung von Teilzeitausbildungen	
Alte	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Gemeinschaftszentrum Eggesin		

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte		Appellcharakter	B-S
	Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck		punktuell	B-S
	Leipziger Kinderbüro e.V.		unrealistisch	B-S
	JAZz		Breitenwirkung fraglich	B-S
	Stadt Dresden		Appellcharakter. Ziel: Abwanderung verhindern	B-S
	Stadt Frankfurt (Oder)		Finanzierung fraglich, systemische Einbettung fraglich	B-S
	Stadt Hoyerswerda		Finanzierung fraglich, systemische Einbettung fraglich	B-S
	Stadt Leipzig		Holistische Einbettung in Gesamtsystem fraglich	B-S
	Stadt Leipzig		Bürgerbeteiligung: Stadtteilforen	B-S
			Gute Idee, bloß symbolischer Ansatz	ZERI
	Barnimer Netzwerk Fachkräftesicherung		Gegenstrategie	Marktplatz Brandenburg
	BMVBS, Land MV, BMFSFJ		Symptomkur	
	BMVBS, Land MV		vage	
	BMVBS, Land MV		vage	
	BMVBS, Land MV		Keine Breitenwirkung	

Sektor	Land	Ort	Name	Inhalt	
Alte	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Junge Alte in der Mitte der Gesellschaft	Förderung des Engagements Älterer	
Alte	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Niedrigschwellige, professionelle und ehrenamtliche Leistungen im Vorfeld der Pflegekassen	Bewusstseinsbildung, Selbsthilfe, Prävention, Versorgung	
Wirtschaft/ Tourismus	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	UTE – Vermarktungskonzept	Arbeitsberatungen, Workshops für tourist. Unternehmen auf Usedom	
	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	PAPS – interkommunale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Pasewalk-Anklam-Prenzlau-Stettin)		
Landwirtschaft/ Vermarktung	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Versorgung in den öffentlichen Kantinen in den Modellregionen mit Biolebensmitteln	Kantinen als Absatzmarkt für regionale Produkte	
Tourismus	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Strategien für die Tourismuswirtschaft	Workshops, Strategieentwicklung	
Kultur	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Stärkung der Kulturellen Identität		
ÖPNV	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Alternative Bedienformen in sehr dünn besiedelten ländlichen Räumen als wesentlicher Beitrag zur Sicherung eines angemessenen ÖPNV-Angebots im Raum Anklam	Projektvorhaben	
ÖPNV	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Mobilitätsstruktur Stadt Land Rad – Förderung der Radverkehrsmobilität von Bürgern und Bürgerinnen im ländlichen Raum	Projektvorhaben	
ÖPNV	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Optimierung des Schienenpersonennahverkehrs und der ergänzenden Angebote im ÖPNV	Projektvorhaben	
ÖPNV	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Integrierte Verkehrsanbindung des Gewerbe- und Industriestandortes Lubminer Heide	Projektvorhaben	
ÖPNV	Mecklenburg-Vorpommern	Modellregion Stettiner Haff	Großräumige straßenverkehrliche Situation im Landkreis Uecker-Randow	Projektvorhaben	

	Organisator	Beteiligte	Bewertung	Quelle <sup>45</sup>
	BMVBS, Land MV		vage	
	BMVBS, Land MV		Kollidiert mit bestehendem Anreizsystem	
	BMVBS, Land MV		Holistische Vernetzung fraglich	
	BMVBS, Land MV		Gut, aber Tiefenwirkung fraglich	
	BMVBS, Land MV		Gute Idee, wegen fehlender systemischer Verflechtung wenig Erfolg	
	BMVBS, Land MV		vage	
	BMVBS, Land MV		vage	
	BMVBS, Land MV		Funktioniert nur, wenn entscheidende und wohlbekannte gesetzliche Hindernisse endlich aus dem Weg geräumt werden, sonst reine Symbolpolitik	
	BMVBS, Land MV		Unerheblich, wenn nicht in eine systemisch andere Lösung zur Neuorganisation von Mobilität eingespannt	
	BMVBS, Land MV		Reichweite? Schwierig ohne Gesamt-Mobilitätskonzept	
	BMVBS, Land MV		Nur punktuell	
	BMVBS, Land MV		vage	

**Tabelle 2: Verbesserungsvorschläge aus den Demografiereferaten der Länder**

BEREICH	MASSNAHME
Wirtschaft	Industrie persönlich anlocken
Gemeinschaft	Bürgergesellschaftliches Engagement
Dynamik	Persönliche Initiative von Einzelnen
generell	Erfahrung der Selbstwirksamkeit
generell	Bestehende Gesetze und Raumordnung außer Kraft setzen
generell	Praktische, persönliche Beratung
Administration	Verwaltungsstrukturen ändern, Verhältnis Kommune-Land ändern, Ressorthoheit von Landesebene bis Gemeinde abschaffen
Administration	Trennung von Zuständigkeiten aufgeben (Schule/Hort)
Finanzen	Demografiecheck für alle Gelder einführen
Gemeinschaft	Kommunaltraining wie bei Bertelsmann-Stiftung
Gemeinschaft	Training NICHT MIT Landespersonal, da die Leute gegen das Land arbeiten müssten
Planung	Regionalplanung eine größere Moderatorenrolle zubilligen; à la regionale Aufbaustäbe 1991 („großer runder Tisch“)
generell	Mut haben, z.B. zu sagen, wo was nicht funktioniert, klar sagen, wir haben keine Lösung
generell	Modellregion: „Alles, was unmittelbar keine Menschenleben gefährdet, wird außer Kraft gesetzt“
generell	Arbeitsplätze
generell	Stärkung von Kleingewerbe
Bevölkerung	Wenigstens Stagnation, wenn es schon keine Umkehrung gibt
Finanzen	Fiskalische und verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten über Kreisgrenzen hinweg auflösen
Raumordnung	Landgemeinden/Samtgemeinden bilden
generell	Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze
generell	Schwache Regionen sollen lernen, von benachbarten prosperierenden Räumen zu profitieren
generell	Kulturschaffende einer Region vernetzen und bündeln
generell	Den Bürgern reinen Wein einschenken; ihnen sagen: das ist hier outback
Gemeinschaft	Kommunikation zwischen allen Beteiligten offenhalten
Gemeinschaft	Jungen und Mädchen, denen es schlecht geht, so unterstützen, dass sie sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können
generell	Geld, mit dem Macher unterstützt werden, nicht unbedingt teure Infrastrukturprojekte
generell	Viel stärker an den Menschen ran, und dann eine gewisse Zeit geben, fünf Jahre mindestens, also länger als die Zeit an der Universität
generell	Strukturplanerische Vorgaben auflösen und an die wahre Zeit, die solche Projekte benötigen, anpassen
generell	Verbesserung der menschlichen Infrastruktur, aber keine Lehrer, keine Entwicklungshelfer, sondern Fußballtrainer, die ein Team bilden und bauen
generell	Raumplanerische Maßnahmen zeitweilig außer Kraft setzen

# 5. QUELLEN UND ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Iris Hoßmann; Steffen Kröhnert; Reiner Klingholz (2009): Kleine Erfolge. Auch wenn es 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik. Berlin.
- <sup>2</sup> Der folgenden Analyse liegen als Schlüsseldokumente die Berichte der Landesregierung Brandenburgs zum demografischen Wandel, der Bericht der Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“ sowie der Bericht einer Enquetekommission des Sächsischen Landtages, das Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt“ und der Demografiebericht Thüringens zu Grunde, dazu der aufschlussreiche gemeinsame Bericht der fünf östlichen Bundesländer und Berlins: [http://www.stk.brandenburg.de/cms/media.php/1168/db\\_end.pdf](http://www.stk.brandenburg.de/cms/media.php/1168/db_end.pdf) und [http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.3682.de/demografiebericht\\_O1.pdf](http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.3682.de/demografiebericht_O1.pdf); [http://www.demografie.sachsen.de/download/demografieipfel2\\_expertenbericht.pdf](http://www.demografie.sachsen.de/download/demografieipfel2_expertenbericht.pdf); <http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/20080930-Bericht-Enquetekommission.pdf>; <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=demografischerwandel>; [http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tmbv/landesplanung/demographiebericht\\_2006.pdf](http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tmbv/landesplanung/demographiebericht_2006.pdf); Gemeinsamer Bericht der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalts und Thüringen: Demographischer Wandel in Ostdeutschland: Auswirkungen und ausgewählte Handlungsansätze. <http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4478.de/ergebnisbericht.pdf>
- <sup>3</sup> Strategiegelgespräch zum Thema Demografie mit Spitzenbeamten der Landesregierungen im BMVBS am 20. 4. 2009, persönliche Mitteilung durch Heike Zembrodt.
- <sup>4</sup> Bertelsmann Stiftung (2009), [http://www.demographiekonkret.de/Demographischer\\_Wandel](http://www.demographiekonkret.de/Demographischer_Wandel); Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2009), <http://www.bmvbs.de>; BMVBS (2008): Modellregion Stettiner Haff – Projektstand August 2008. Berlin. Internes Dokument. BMVBS (2008): Modellregion Südharz-Kyffhäuser – Projektstand August 2008. Berlin. Internes Dokument. Staatskanzlei Brandenburg (2009): Bürokratieabbau, <http://www.stk.brandenburg.de>; Bertelsmann Stiftung (2009), [http://www.demographiekonkret.de/Demographischer\\_Wandel](http://www.demographiekonkret.de/Demographischer_Wandel); BMVBS (2009), <http://www.bmvbs.de>; Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (2008): Best-Practice-Beispiele „Demografischer Wandel“ Einzelhandel, Dienstleistungen & Tourismus. Berlin. [http://www.ihk-lahndill.de/download/pdf/2506D\\_BestPractice2008.pdf](http://www.ihk-lahndill.de/download/pdf/2506D_BestPractice2008.pdf)
- Forschungsportal Sachsen-Anhalt (2009): Transage, <http://www.forschung-sachsen-anhalt.de>
- Sächsische Staatskanzlei (2009): Projektplattform - Projektübersicht zur Förderrichtlinie Demografie. <http://www.demografie.sachsen.de/5953.htm>; Staatskanzlei Brandenburg (2007): Brandenburg. Offen für Vielfalt. Demografischer Wandel – Projekte zwischen Uckermark und Lausitz. <http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/demografie.pdf>; Thüringer Netzwerk Demografie (2009), <http://www.netzwerk-demografie.de/index.htm>
- <sup>5</sup> Strategiegelgespräch am 20. 4. 2009, persönliche anonyme Mitteilung.
- <sup>6</sup> Gemeinsamer Bericht der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalts und Thüringen, a.a.O.
- <sup>7</sup> Homer-Dixon, Thomas (2008): The Upside of Down. Catastrophe, Creativity, and the Renewal of Civilization. Washington.
- <sup>8</sup> Leitbild für die Mecklenburger Seenplatte, [http://www.rpg-po.de/Regionalplaene/RegionalesLeitbild/lbf\\_zusammenfassung\\_planungsverband\\_meckseenplatte.pdf](http://www.rpg-po.de/Regionalplaene/RegionalesLeitbild/lbf_zusammenfassung_planungsverband_meckseenplatte.pdf)
- <sup>9</sup> Meadows, Donella (1999): Leverage Points. Places to Intervene in a System, Hartland, Vermont: The Sustainability Institute; Gladwell, Malcolm (2000): The tipping point. How little Things Can Make a Big Difference. New York, Boston. Es ist erwiesen, dass sich systemische Veränderungen nicht linear vollziehen (etwa: eine stetige Abnahme der Ursache zieht eine stetige Abnahme der Wirkung nach sich). Vielmehr bleiben Systeme (wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische, biologische) über weite Strecken relativ unverändert, auch wenn sich die Bedingungen vergleichsweise stark wandeln, machen dann aber plötzliche Sprünge. Gelingt es, solche Kipp-Punkte (Gladwell) zu identifizieren, lässt sich äußerst effizient die Selbstorganisation eines Systems beeinflussen. In ländlichen Schwundräumen ist möglicherweise die (finanzielle) kommunale Autonomie (die auch über die Organisation der gemeinschaftlichen Mobilität entscheidet) ein solcher Kipp-Faktor oder „Hebelpunkt“ (Meadows).
- <sup>10</sup> Strategiegelgespräch am 20. 4. 2009, persönliche anonyme Mitteilung.
- <sup>11</sup> Strategiegelgespräch am 20. 4. 2009, persönliche anonyme Mitteilung.
- <sup>12</sup> Yuill, Douglas; Ferry, Martin; Vironen, Heidi (2008): New Policy Frameworks, New Policy Approaches: Recent Regional Policy Developments in the EU and Norway. EoRPA Paper 08/1, European Policies Research Centre, University of Strathclyde, [http://www.eprc.strath.ac.uk/eorpa/Documents/EoRPA\\_08\\_Papers/EoRPA\\_08-1.pdf](http://www.eprc.strath.ac.uk/eorpa/Documents/EoRPA_08_Papers/EoRPA_08-1.pdf)
- <sup>13</sup> Ebd.

- <sup>14</sup> Danish Ministry of Social Welfare, <http://www.im.dk/im/site.aspx?p=34>; LocalFinland.fi – Gateway to Local Finland, <http://www.localfinland.fi>; Norwegian Ministry of Local Government and Regional Development, <http://www.regjeringen.no/en/dep/krd.html?id=504>; SALAR – Swedish Association of Local Authorities and Regions, [http://www.skl.se/startpage\\_en.asp?C=6390](http://www.skl.se/startpage_en.asp?C=6390); United Nations Department of Economic and Social Affairs (2009), Division for Sustainable Development, National Information/National Reports:
- Dänemark: [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_natiinfo\\_denmark.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_natiinfo_denmark.shtml)
- Finnland: [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_natiinfo\\_finland.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_natiinfo_finland.shtml)
- Norwegen: [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_natiinfo\\_norway.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_natiinfo_norway.shtml)
- Schweden: [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_natiinfo\\_sweden.shtml](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_natiinfo_sweden.shtml); Vartiainen, Perttu (1998): Suomalaisen aluepolitiikan kehitysvaiheita. Finnish Ministry of the Interior, 6/1998, [http://www.intermin.fi/intermin/images.nsf/files/55dbfdeabd2cde92c225703400357fd5/\\$file/aluepolitiikan\\_kehitysvaiheet.pdf](http://www.intermin.fi/intermin/images.nsf/files/55dbfdeabd2cde92c225703400357fd5/$file/aluepolitiikan_kehitysvaiheet.pdf); Yuill, Douglas; Ferry, Martin; Vironen, Heidi (2008): New Policy Frameworks, New Policy Approaches: Recent Regional Policy Developments in the EU and Norway, a.a.O.
- <sup>15</sup> Yuill, Douglas; Ferry, Martin; Vironen, Heidi (2008): New Policy Frameworks, New Policy Approaches: Recent Regional Policy Developments in the EU and Norway, a.a.O.;
- LocalFinland.fi – Gateway to Local Finland (2009), <http://www.localfinland.fi>
- Finnish Ministry of Employment and the Economy (2009), <http://www.tem.fi/?l=en&s=2149>
- Interviews:**
- Frau Terttu Heimala, stellvertretende Bürgermeisterin der Gemeinde Luumäki
- Frau Terhi Isotalo, Bürgermeisterin der Gemeinde Lieto
- Herr Veijo Kavonius, Finnish Ministry of Employment and the Economy
- Frau Sirpa Rautio, Bürgermeisterin der Gemeinde Uurainen
- Frau Tiina Rinne, Projektkoordinatorin, Association of Finnish Local and Regional Authorities
- Herr Jari Willman, Bürgermeister der Gemeinde Taipalsaari
- <sup>16</sup> BMVBS (2007): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels. In: Werkstatt. Praxis Heft 49. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- <sup>17</sup> Siehe u.a. [www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de)
- <sup>18</sup> Siehe Meadows, a. a. O.
- <sup>19</sup> Strategiegelgespräch am 20. 04. 09, persönliche anonyme Mitteilung.
- <sup>20</sup> Cunningham, Storm (2008): ReWealth! New York et al.: McGraw-Hill.
- <sup>21</sup> Siehe Ostrom, Elinor (2009): Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Helfrich, Silke (Hg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München: Oekom, wo die Nachhaltigkeit der Waldnutzung dreier süd-amerikanischen Staaten (Bolivien, Guatemala und Peru) verglichen wurde. Guatemala hat zu Beginn des neuen Jahrtausends sehr viele Entscheidungen auf die lokale Ebene verlagert; Peru regelt nach wie vor Ressourcenpolitik zentral. Gleichwohl waren hier die Akteure am besten vernetzt und hier – nicht in den dezentraleren Staaten – waren die Erfolge des Ressourcenmanagements bei weitem am Größten.
- <sup>22</sup> Weber, Andreas; Steffens, Marie-Luise; Klingholz, Reiner (2007): Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg. Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages. Berlin.
- <sup>23</sup> Diese Kriterien sind aus einigen der Indikatoren entwickelt worden, die der demografischen Bewertung der Landkreise in Kröhnert; Medicus; Klingholz (a. a. O.) zugrundeliegen.
- <sup>24</sup> Prof. Martin Junkernheinrich, persönliche Mitteilung, 21. 04. 09
- <sup>25</sup> Eine Initiative dazu startet gerade die Berliner Stadtreinigung.
- <sup>26</sup> S. Uken, Marlies (2009): „Die Harzer Stromrellen“. Die Zeit (online), 6. April 2009, <http://www.zeit.de/online/2007/44/Dardesheim>.
- <sup>27</sup> S. Steffen, Alex (2008): WorldChanging. A user's guide for the 21st century. New York: Abrams, S. 179ff.
- <sup>28</sup> S. Scheer, Hermann (2005): Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. München: Kunstmann.
- <sup>29</sup> Weber, a. a. O.
- <sup>30</sup> Siehe McKibben, Bill (2007): Deep economy. The wealth of communities and the durable future. New York: Henry Holt.
- <sup>31</sup> Siehe McKibben, a. a. O., S. 67.
- <sup>32</sup> So die Bürgerinitiative „Autofreies Wohnen eV“ in HH-Barmbek.
- <sup>33</sup> So etwa das EcoVillage Findhorn in Schottland, s. Meroni, Anna (Hg.): Creative Communities. People inventing sustainable ways of living. Milano: Edizioni Poli.design (Creative Commons), S. 26, Zahlen. Ein Ort für gute Beispiele dazu ist das Limousin in Frankreich, s. Glander, Marie-Luise; Hoßmann, Iris (2009): Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt. Berlin: Berlin-Institut.



<sup>34</sup> <http://www.zukunftmobil.de/aktuelles/dossiers-mobilitaet/konzept-buergerbus.html>

<sup>35</sup> Weber; Steffens; Klingholz, a.a.O.

<sup>36</sup> Es ist interessant, dass die deutsche Bildungsdiskussion auch hier möglicherweise – trotz hohem Aufwandes für Reformen – den entscheidenden Kipppunkt zum Besseren hin verpasst oder ihm sogar zuwider arbeitet: In Finnland kommt man in dem Jahr, wo man sieben Jahre alt wird, in die Schule; dann sind es neun Klassen Grundschule nach gleichem Lehrplan für alle (außer in Sonderschulen, wie in der Deutschen Schule Helsinki oder in ein paar Waldorfschulen). Nach der Grundschule kann man sich dann fürs Gymnasium (führt zum Abitur), oder für verschiedene Berufsschulen entscheiden; die Schulpflicht aber endet nach der Grundschule – nach neun Jahren (oder später, wenn man Klassen inzwischen wiederholt hat).

<sup>37</sup> Strategiegelgespräch am 20. 04. 09, persönliche Mitteilung.

<sup>38</sup> Die Bundesregierung (2006): Medizinische Versorgungszentren bieten mehr. In: Magazin für Soziales, Familie und Bildung, Nr. 44 10/2006. [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1520/Content/DE/Magazine/MagazinSozialesFamilieBildung/074/074.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1520/Content/DE/Magazine/MagazinSozialesFamilieBildung/074/074.html)

<sup>39</sup> Staatskanzlei Brandenburg (2007): Brandenburg. Offen für Vielfalt. Demografischer Wandel – Projekte zwischen Uckermark und Lausitz. <http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/demografie.pdf>

<sup>40</sup> Norwegian Centre for Telemedicine, <http://www.telemed.no/home.81328.en.html>; University of Queensland, Centre for Online Health, <http://www.uq.edu.au/coh/>

<sup>41</sup> Staatskanzlei Brandenburg (2007), a.a.O.

<sup>42</sup> In zahlreichen Entwicklungsländern suchen Ärzteteams in regelmäßigen zeitlichen Intervallen Dörfer auf, um die Menschen vor Ort zu behandeln. Eine Übertragung dieses Behand-

lungsmodells auf Deutschland wäre zum Beispiel im Bereich der Zahnmedizin denkbar. Die empfohlene, jährliche Kontrolluntersuchung könnte durch ein mobiles Ärzteteam erfolgen. Dies erspart vor allem älteren Patienten den Weg in die nächste Praxis. Nur jene Patienten mit Beschwerden müssten letztlich die Praxis aufsuchen.

<sup>43</sup> Oftmals bieten gerade diese Gebiete freilich in hohem Maße der Natur eine Chance zur Rückkehr (vgl. Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska; Klingholz, Reiner (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München). Wenn es gelänge, wie etwa in einer bis 2010 vom Bundesumweltministerium erarbeiteten Studie angestrebt, die monetären Werte von Leistungen intakter Ökosysteme (CO<sub>2</sub>-Festlegung, Trinkwasseraufbereitung, Bestäubung etc.) festzulegen und mittels „grüner Bilanzierung“ zu bewerten, könnte hier die Natur einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor darstellen; den nachhaltigen Tourismus noch gar nicht mit eingerechnet (vgl. Weber, Andreas (2008): Biokapital. Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit. Berlin).

<sup>44</sup> Moderne Datenfunk- und Empfangstechnik („3G“) ermöglicht den drahtlosen Internet-Zugang mit Breitbandgeschwindigkeit über das Mobilfunknetz. Die verbleibende Hürde ist der nicht überall gewährleistete Empfang und die Kosten eines monatlichen Abonnements. Hier ist für die Gemeinschaft eine Handlungsmöglichkeit für Verbesserungen (eigenständige Erweiterung der Sendeantennen; kommunales Angebot „3G-inclusive“). Rückständige Regionen ohne Breitband-Kabelnetz können so eine Entwicklungsstufe überspringen („Leapfrogging“, s. Steffen, Alex (2008): WorldChanging. A user's guide for the 21st century. New York).

<sup>45</sup> Bertelsmann Stiftung (2009), [http://www.demographiekonkret.de/Demographischer\\_Wandel](http://www.demographiekonkret.de/Demographischer_Wandel); BMVBS (2009), <http://www.bmvbs.de>; BMVBS (2008): Modellregion Stettiner Haff – Projektstand August 2008. Berlin. Internes Dokument; BMVBS (2008): Modellregion Südharz-Kyffhäuser – Projektstand August

2008. Berlin. Internes Dokument; Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (2008): Best-Practice-Beispiele „Demografischer Wandel“ Einzelhandel, Dienstleistungen & Tourismus. Berlin. [http://www.ihk-lahndill.de/download/pdf/2506D\\_BestPractice2008.pdf](http://www.ihk-lahndill.de/download/pdf/2506D_BestPractice2008.pdf); Forschungsportal Sachsen-Anhalt (2009): Transage, <http://www.forschung-sachsen-anhalt.de>; Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (2007): Projekte und Maßnahmen im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr zur Bewältigung des demografischen Wandels, [http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Politik\\_und\\_Verwaltung/Bibliothek\\_MBV/PDF/Raumordnung/4RBP\\_Massn\\_mlv.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MBV/PDF/Raumordnung/4RBP_Massn_mlv.pdf), Sächsische Staatskanzlei (2009): Projektplattform - Projektübersicht zur Förderrichtlinie Demografie, <http://www.demografie.sachsen.de/5953.htm>; Staatskanzlei Brandenburg (2007): Brandenburg. Offen für Vielfalt. Demografischer Wandel – Projekte zwischen Uckermark und Lausitz. <http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/demografie.pdf>; Staatskanzlei Brandenburg (2009): Marktplatz der Möglichkeiten, <http://www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.138491.de>, Thüringer Netzwerk Demografie (2009), <http://www.netzwerk-demografie.de/index.htm>; Volkhaus, Volker (2008): Bionische ZERI-Cluster als eine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Material zum Vortrag des Berliner Innovationskreis. 1. Entwurf; Überarbeitung nach Diskussion, <http://www.zeri-germany.de>; Interviews:

Frau Zembrodt, Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Bürgermeister Falke, Gemeinde Ummendorf, Sachsen-Anhalt, ehrenamtl. Bürgermeister Krause, Gemeinde Balgstädt, Sachsen-Anhalt;

Weiterführende Links: [http://www.kyffhaeuser.de/lrakyf/uploads/media/080426\\_Projektliste\\_SK.pdf](http://www.kyffhaeuser.de/lrakyf/uploads/media/080426_Projektliste_SK.pdf); <http://www.prolandleben.de>; <http://www.familienfreundliches-sachsen-anhalt.de>; <http://www.familienpass-sachsen-anhalt.de>

**Berlin-Institut**

für Bevölkerung und Entwicklung  
Schillerstraße 59  
10627 Berlin

**[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)**